



STADTTTEIL UMSCHAU

Online-Ausgabe

Stadtteil-Informationen des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Stadtmitte

Grafftherme: Der politische Weg in ein Millionengrab

Der Wandel vom Delfina zur „Millionengrab“ ist nicht nur geeignet, ein Kapitel im Weißbuch des Bundes der Steuerzahler zu werden. Diese zwar sehr schöne, aber überdimensionierte, „Grafftherme“ hat auch die SPD in den Jahren 2005/06 zerrissen.

Erbittert wurden die bekämpft, die die heute nicht mehr schön zu redende Entwicklung zum „Millionengrab“ vorausgesehen und auch vorgerechnet hatten.

Aus diesem Grund soll das Thema auch in unserer SPD-Stadtteilzeitung eine bevorzugten Platz erhalten.

2005 haben einige Mitglieder der SPD-Fraktion für die Ideen des Herrn Salmen und seine „Grafftherme“ gegen ihre Fraktion und gegen einen mehrheitlichen SPD-Parteitagbeschluss für Sanierung des Delfinas im Rat gestimmt.

Der Streit um Sanierung oder Neubau des Delfina war der Beginn der Abspaltung, der später mit ihrem Austritt aus der Fraktion und Partei endete.

Die einzelnen Akteure, die sich öffentlich stets als Opfer der SPD-Mehrheit darstellten, hätten nun die Gelegenheit, sich zusammen mit den hauptamtlichen Ideengebern für das „Millionengrab Grafftherme“ verantwortlich zu erklären.

Zum Thema Delfina gab es derzeit zwei Auffassungen: Eine parteioffizielle, bestätigt durch einen Beschluss des Unterbezirksparteitages, der sagt, dass am alten Standort das Delfina saniert werden soll. Die Kosten dafür wurden auf etwa 8,5 Mio Euro kalkuliert. Diese Maßnahme war mit dem schon bestehenden Betriebsmittelzuschuss von 1,5 Mio aus dem Haushalt der Stadt und den Einnahmen der Besucher finanzierbar.

Die andere Auffassung der „Salmisten“ in der damaligen SPD (Hartmann, Voigt, Markowiak, Findeisen usw.), die die Nachhaltigkeit der Neubaumentscheidung und die möglichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt niemals im Blick hatten (immer politisch unterstützt vom damaligen SPD-Unterbezirksvor-

sitzenden und Freund des Geschäftsführers Salmen) wollten ein Superschwimmbad mit Luxussauna und großem Wellnessbereich schaffen und dafür auch über 20 Mio. Euro investieren.

Die örtliche Presse hat die Planung niemals wirklich kritisch hinterfragt. Im Gegenteil: Sie



hat kritische Stimmen bestenfalls moderat zu Worte kommen lassen. Bedenkenträger wurden in der Politik ausgegrenzt und runterdiskutiert.

Der Glaubensgrundsatz der Neubauplaner um Salmen in den meinungsbildenden Fraktionen des Rates war: Bei den vorgelegten Planzahlen und deutlich erhöhten Eintrittspreise sowie Gewinnen aus der Sauna sollten die Investitionen kostendeckend refinanziert werden können.

Parallel zu der Debatte um den richtigen Weg, haben die Verantwortlichen die bauliche und technische Lage im Delfina dramatisiert. Tatsächlich wurden von der Geschäftsführung die Anlagen seit der Übertragung an die SWD, mit dem Hinweis auf die Erstellung eines Gutachtens, nicht mehr gepflegt und instand gesetzt. Dieser Zustand wurde permanent öffentlich gemacht, immer mit dem durchsichtigen Ziel, einen Neubau durchzusetzen.

Die CDU wollte marktwirtschaftlich steuern: Sie stellte schon vor dieser Debatte im Rat einen Antrag, den Zuschuss der Stadt auf 1,5 Mio. Euro jährlich zu begrenzen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit im Rat verabschiedet. Damit war die erklärte Erwartung des Rates verbunden, dass das Investitionsvolumen beschränkt würde und nur gebaut werde, was sich auch finanzieren lässt.

Im Jahre 2005 war der Standort Graff für den beschlossenen Neubau mehrheitsfähig und gleichzeitig wurde planerisch in Aussicht genommen, für die als „Gewinnbringer“ geplante Sauna (plötzlich war auch die exquisite Saunalandschaft zur öffentlichen Aufgabe erklärt) ein Fünftel der Graffanlage aufzugeben. Der Ratsbeschluss zur Zuschussbegrenzung von 1,5 Mio. Euro wirkte sich auf die 2008 vom neuen Rat verabschiedete Basisplanung nicht im geringsten aus. Die Neubauplaner im Rat und der Verwaltung blieben bei ihrer inzwischen 23 Mio. Euro teuren Planung, obwohl schon die Fachleute der Firma geising+böcker am 03. 07. 2007 deutlich gemacht hatten,

Geburtshilfe und Kinderklinik demnächst unter einem Dach?!

Medizinische Daseinsvorsorge für Risikopatientinnen und Frühchen gewährleistet?! – Ein Zwischenbericht

Sehr früh, nachdem eine Klinik für Frauenheilkunde nach gescheiterten und dramatischen Versuchen der Selbstrettung ihr Ende angekündigt hatte, haben Stadtrat und Oberbürgermeister Patrick de La Lanne Verantwortung übernommen.

Der Rat hat deutlich gemacht, dass es gemäß gesetzlichen Vorgaben neben betriebswirtschaftlichen Erwägungen eines Krankenhauses die Pflicht der Stadt zur Daseinsvorsorge gibt und diese für Schwangere und ihre Kinder, besonders im Falle von Risiken, zu gewährleisten ist. Gewährleistung heißt hier: Nach den genau beschriebenen Standards der Fachmedizin diesen Frauen und ihren Kindern mit hinreichendem geburtshilflichem, anästhesistischem und kinderheilkundigem Fachverstand von Ärzten, Hebammen Krankenschwestern **jederzeit** im Krankenhaus zur Verfügung zu stehen. Beide Krankenhäuser in Delmenhorst haben nach Planung des Landes höchst unwirtschaftliche Einheiten der Frauenheilkunde und Geburtshilfe vorzuhalten: Das eine Haus hat 20 Betten, das andere 15 Betten, zusammen also 35 Betten. Derart kleine Einheiten sind fachlich schwer zu organisieren, die Qualitätssicherung ist eine kaum zu leistende Anforderung und hinzu kommt: **Leitliniengerecht kann nur die Klinik arbeiten, an der auch eine Kinderklinik vorgehalten wird.**

Diese Mängel in der Planung, die die Landesplanung schon seit langem angesichts des Rückgangs der Geburten kennt, hätten schon seit Jahren durch Landesvorgaben beendet werden müssen. Die Mini-Einheiten wären an einem Haus planerisch zusammen zu führen gewesen. Leider gab es aus Delmenhorst keine Anträge aus den Fachbehörden und Fachausschüssen des Rates, so dass eine Klinik letztlich, um andere Angebote nicht zu gefährden, die berühmte betriebswirtschaftliche Reißleine gezogen hat.

Danach kam einiges in Gang: Die bisher kaum mögliche Kooperation der beiden Krankenhäuser wurde nun der Not gehorchend plötzlich möglich.

Beide Krankenhäuser wollen zukünftig Kinderklinik und Geburtshilfe an einem Haus „Am Knick“ in Anbindung an das Josefstift gemeinsam betreiben und dort ein Mutter-Kind-Zentrum schaffen. Dass dabei der mit dem Konjunkturprogramm II gerade für 2,5 Mio Euro neu geschaffene Bau einer modernen Kinderklinik am Klinikum aufgegeben bzw. umgenutzt werden muss, nehmen alle Beteiligte in Kauf. Das Land wird hier Gelegenheit haben, in Delmenhorst endlich die Angebote vorzusehen, die hier bisher im Rahmen der Regelversorgung fehlten.

Nun wird es wichtig sein (neben den vertraglichen Regelungen vor Ort), das gemeinsame, über 10 Mio Euro teure Projekt in der Krankenhausplanung des Landes abzubilden, weil dies Voraussetzung dafür ist, aus dem Investitionsprogramm des Landes die notwendigen Mittel für den Neubau zu bekommen. Die dafür notwendigen Anträge sind zwar besprochen, aber leider immer noch nicht gestellt. Platzierung und Realisierung des Projekts werden aber Jahre in Anspruch nehmen.

Deshalb wird es übergangsweise fachlich vertretbare, den Standards entsprechende Lösungen geben müssen. So z.B. am Josefstift die dort fehlenden aber notwendigen Dienstleistungen für die Mütter und ihre Kinder zu gewährleisten, die als Risiko-

schwängere entbinden oder bei denen während der Entbindung Komplikationen auftreten.

In einer E-Mail hat der Oberbürgermeister für die Stadt und vorher das Fachamt für Gesundheit zusammen mit dem Leiter der Kinderklinik erneut zugesagt, dass dieser Auftrag des Rates in einer „Zwischenlösung“ sichergestellt wird.



Was noch fehlt ist die vom Rat gewünschte **Akzeptanz der niedergelassenen Ärzte**. Sie müssen ihren Patienten guten Gewissens Mut machen, dass

die Versorgung vorübergehend und langfristig in Delmenhorst gewährleistet ist. Zustimmung müssen auch noch die Kostenträger, die von Anbeginn der Debatte wissen ließen, dass sie zu Kompromissen zu Lasten der Qualität der Versorgung nicht bereit sind und nur zahlen werden, wenn fachlich alles in Ordnung ist.

Neben den berechtigten Interessen der Patienten und ihrer neugeborenen Kinder ist die klare Positionierung des Oberbürgermeisters und des Stadtrates für die Daseinsvorsorge auch ein wichtiges Stück Wirtschaftsförderung für die Stadt. Vorrangig geht es um die Qualität der medizinischen Versorgung. Aber wichtig ist auch: An dieser Debatte und der jetzt gefundenen Lösung hängen viele hochwertige Arbeitsplätze und erhebliche Geldströme. Diese Arbeitsplätze und Geldströme dürfen nicht nach Bremen oder Oldenburg abwandern, was sicher geschehen wird, wenn es nicht zu einer verbindlichen Kooperation zwischen den beiden Krankenhäusern und einer leitliniengerechten Versorgung kommt.

Zufrieden, wenn denn alles so gelöst wird und ab 1.10.2012 nach Schließung der Frauenklinik am Klinikum funktioniert, ist auch die SPD, denn nur sie hatte im Wahlprogramm 2011 bereits deutlich klar gemacht:

Frauenheilkunde, Geburtshilfe und Kinderklinik sind nur an einem Krankenhaus in Delmenhorst zu verantworten.

Darauf läuft nun alles hinaus.

Ich muss mal Pipi!!!



Zu einem wahren „Magneten“ für Kinder hat sich der neue Kinderspielplatz in der Graft entwickelt. Es ist fast schon egal, wie das Wetter ist, hier herrscht immer reges Treiben und Kinder und Erwachsene sind glücklich. Bis es heißt „Ich muss mal Pipi“. Dann ist der Spaß vorbei und den Menschen, Kindern und Erwachsenen, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie verlassen den Spielplatz und versuchen irgendwo noch rechtzeitig eine Toilette zu erreichen oder sie schlagen sich einfach in die Büsche. Und manchmal ist es mehr als nur Pipi. Beide Möglichkeiten sind irgendwie nicht so richtig toll. Wie wäre es denn, wenn sich die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung mal mit den Eltern vor Ort unterhalten würden, um für diesen häufig geäußerten Missstand eine Lösung zu finden?

Nächtlicher Bahnlärm macht krank und kostet die Betroffenen viel Geld

Lückenloser Lärmschutz für Delmenhorst! - 90% reichen nicht!

Trotz der baulichen Unzulänglichkeiten hat der neue Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven seinen Betrieb aufgenommen und jetzt müssen von hieraus die gelöschten Waren weitertransportiert werden. Dadurch wird der Güterverkehr auf der Straße und insbesondere auf der Schiene erheblich zunehmen. Für den Gütertransport auf der Schiene wird ein Anwachsen um das

10-fache des heutigen Aufkommens prognostiziert. Eine Entwicklung, die auch für Delmenhorst nicht folgenlos bleibt, da insbesondere der Zuglärm deutlich zunehmen wird.

Auf einer Informationsveranstaltung des SPD-Ortsvereins Deichhorst-Stadtmitte vor wenigen Wochen, berichteten drei Vertreter der Interessengemeinschaft der Bürger/Bahn-anlieger Oldenburg (IOB) eindrucksvoll und sehr sachkundig über das zu erwartende Verkehrsaufkommen und seine Folgen.

Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen standen die Folgen der ansteigenden nächtlichen Lärmbelastungen, zu erwartende Gebäudeschäden und jetzt schon eingetretene Wertminderungen von Immobilien und Mietrückgänge. Nach ihren Aussagen betragen die Wert- und Mietverluste in Oldenburg in den betroffenen Gebieten bereits jetzt schon 40-60%.



© Gerit Altmann Pixello.de

Sie wiesen auch auf fehlende Notfallpläne für Gefahrguttransporte und sehr detailliert auf die krankmachenden Folgen einer permanenten Lärmbelastung hin.

Aus eigener Erfahrung schilderten sie, wie man sich als Bürger und Stadt gegen diese unheilvolle Entwicklung wehren kann und sollte und das es bereits überall entlang der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Bremen gut vernetzte Bürgerinitiativen gibt.

Der Mehrzahl der Besucher war die gesamte Tragweite dieses Problems nicht bewusst und so gründete sich spontan eine Bürgerinitiative, die gemeinsam mit der Stadt die schlimmsten Auswirkungen verhindern will.

In Form einer Eingabe beantragten sie bereits einen beidseitigen lückenlosen Lärmschutz in den betroffenen als auch für die Wohnbebauung geplanten Gebieten entlang der Bahnstrecke.

Sollte sich dieses nicht verwirklichen lassen, fordern sie die Stadt auf, dass der um das 10-fache ansteigende Güterverkehr so nicht durch Delmenhorst fahren darf.

Die drei wesentlichen Forderungen sind,

1. **Nachfahrverbot für graugussgebremste Schienenfahrzeuge,**
2. **Tempolimits für graugussgebremste Fahrzeuge am Tage,**
3. **Wegfall des Schienenbonusystems (Dieser Bonus gibt an, dass für die Bahn ein um fünf Dezibel höherer Lärm-Grenzwert gilt. Anwohner also mehr Krach vor ihrer Haustür aushalten müssen.) auf der Bahnstrecke in Delmenhorst,**

damit es nicht zu den vielfältigen, wissenschaftlich bewiesenen, gesundheitlichen Beeinträchtigungen der betroffenen Menschen und einem noch höheren, als jetzt schon

eingetreten Wertverlust von Häusern und Wohnungen, kommt..

Zu Recht weisen sie darauf hin, dass die Bahn 90% des Bahnlärms selbst zu verantworten hat, weil sie veraltete Technik und schlechte Wartung zulässt und die Bürger hierfür nicht mit gesundheitlichen Risiken und fallenden Immobilienpreisen bestraft werden dürfen. Weiter weisen sie darauf hin, das nach dem Lärm-

schutzimmissionsgesetz der Bahnlärm nicht beachtet wird, die Stadt aber beauftragt wird, Lärminderungspotentiale umzusetzen. Falls dies nicht in gebotener Frist geschieht, bleiben nur (befristete) Auflagen, wie oben gefordert, bis die Bahn den Stand der Technik an Anlagen und Fahrzeugen erreicht hat, um lärmarmen Zugbetrieb auch in den Nachtstunden sicherstellt.

Der SPD-Ortsverein Deichhorst-Stadtmitte begrüßt es sehr, dass sich aus einer Informationsveranstaltung heraus eine Bürgerinitiative zusammengefunden hat, die gemeinsam mit Verwaltung und Politik erreichen will, dass es zu einer verträglichen Lösung der auf uns zurollenden Probleme kommt und sichert auch weiter seine politische Unterstützung und Hilfe zu.



In&Out

Unternehmensberatung

ExistenzgründerInnen & Selbstständige

Unser Angebot:

• **Erstgespräch:**

Einstündig & kostenlos

• **Businessplan:**

Beratung & Analyse

• **Fördermittel:**

Recherche & Antragstellung

Förderung u.U. möglich.

Bremer Straße 133

27751 Delmenhorst

Fon 042 21 4 90 34 74

www.beratungsunternehmen.net

Wir beraten in Arabisch, Deutsch, Russisch und Türkisch.



AWO Service
gemeinnützige GmbH

Information
Delmenhorst
042 21 - 58 74 58

Information
Ganderkesee
042 22 - 80 79 77

Tagespflege
für betreuungs- und pflege-
bedürftige Menschen



Neueröffnung im August:
Frieda-Hensa-Straße 12 a - Delmenhorst

Fortsetzung von Seite 1

dass der 20 Mio.-Neubau einen städtischen Zuschussbedarf von 2,4 Mio. Euro auslösen würde. Sie lösten ihr Dilemma, in dem sie sehr bald den Rat baten – angeblich um günstigere Zinsen bei der Kreditaufnahme zu erzielen – den Investitionsbetrag von über 23 Mio. Euro zu verbürgen. Der Rat kam diesem Ansinnen ohne wesentliche Bedenken nach und hat den früher gefassten Limit-Beschluss damit ad absurdum gestellt, diesen allerdings auch niemals aufgehoben.

Neben dem 1,5 Mio. Zuschuss und der 23 Mio. Bürgschaft hatte der Stadthaushalt weitere erhebliche „Begleitkosten“ zusätzlich zu tragen. Z.B. Millionen für den Ersatz eines Schwimmerheims, weil das Schwimmbad die Südwestsonneneinstrahlung benötigt und zusätzliche Flächenenergieerweiterungen.

Aber auch die für den Abriss des Stadtparkhotels verantwortliche Grafbogenplanung ist der Schwimmbaderstellung zuzurechnen. Denn auf dem alten Stadtweggrundstück sollte ein Luxushotel zur Ergänzung des neuen Schwimmbads errichtet werden.

In Kauf genommen wurde die Aufgabe der Familienfreundlichkeit im kostengünstigen Freibad Delfina.

In Kauf genommen wurde auch die Aufgabe des 50 m Sportbeckens und die damit verbundene Wettkampftauglichkeit.

Seit dem hängt der Rat auf Gedeih und Verderb an dem sehr schönen, aber viel zu teuren Bad. Schon im ersten Jahr (2012) fehlen, zusätzlich zu dem städtischen Zuschuss in Höhe von 1,5 Mio., weitere 1,2 Mio. Euro. Zusammen also 2,7 Mio. Euro.

So wie es die planenden Fachleute bereits 2007 voraus gesagt hatten, ist es nun eingetreten.

Der Rat will – direkt oder indirekt über Ergebnisabführung - nur 1,5 Mio. Zuschuss zahlen. Zahl er aber nicht die darüber hinausgehenden Defizite, schafft er nach einiger Zeit Insolvenzgründe für die Bad GmbH. Im Falle der Insolvenz wird die Bürgschaft fällig und der Rat zahlt den gesamten Kapitaldienst für über 23 Mio. Euro, weil es den Kreditnehmer dann evtl gar nicht mehr gibt.

Die Debatte um den richtigen Weg wird weitergehen. Konsolidierung der „Grafftherme“ wird

noch abgelehnt. So kommt noch niemand auf die Idee, z.B. die angeblich gewinnbringende Sauna zu verkaufen. Man will den Personalbestand halten und mehr Marketing machen, so der Aufsichtsrat nach seiner ersten Krisensitzung. Das sind ähnliche Beruhigungstechniken, wie bei der Durchsetzung der Planung.

Auch gutes Marketing ist nicht für umsonst zu haben und kostet viel Geld. Geld das man aber nicht hat. Und das die Mitbewerber aus Oldenburg, Bremen oder Ganderkesee einer Werbeoffensive tatenlos zusehen, darf bezweifelt werden. Am Ende könnte es zu einer sehr teuren Werbeschlacht werden, bei der der Sieger nicht feststeht. Aber man weiß ja, wenn's nicht klappt, hat man einen ohnmächtigen Bürgen namens Stadt fest im Griff.

Inzwischen weiß man auch: Die Neubau-Anhänger haben sich an einer Planung orientiert, die die Lage bewusst zu Lasten des Stadthaushaltes schön gerechnet hat.

Die Frequenzsteigerung ist ausgeblieben.

Die Einnahmen sind hinter allen Erwartungen geblieben.

Der Ratsbeschluss, den Zuschuss zu limitieren, ist durch den Bürgschaftsbeschluss mindestens ausgehöhlt. Sehenden Auges wurde ein Millionengrab geschaffen – und wieder einmal ist natürlich niemand verantwortlich. Geschweige denn, dass jemand Konsequenzen zieht oder zu ziehen hat.

Für die Lage den heutigen Vorsitzenden des

Aufsichtsrates verantwortlich zu machen, folgt der Delmenhorster Gewohnheit: Persönliche Vorwürfe an den einen, sollen andere schützen. Nun werden übliche Reflexe wieder aktiviert: Einige werden wieder ganz genau wissen, dass der gute Herr Salmen auch für dieses Desaster (neben der Graffversumpfung) in seinem Zuständigkeitsbereich natürlich nicht verantwortlich ist, denn Gremien haben ihm alles abgesegnet, was nun von der Allgemeinheit zu tragen ist.

Der Steuerzahler wird's durch einen deutlich höheren jährlichen Zuschuss ausbaden müssen und die Bürger werden sich bald mit der Alternative befassen müssen:

1. Wichtige Infrastrukturen aufgeben oder
2. Einnahmen der Stadt, also Steuern und Gebühren, erhöhen, um die deutlich höheren Defizite des Bades bezahlen zu können.

Die SPD Deichhorst-Stadtmitte wird sich mit aller Kraft gegen Kürzungen und Belastungen auf Kosten der Schwächsten stemmen.

Wir werden es nicht zulassen, dass ausgerechnet die, für die der Eintritt in die Grafftherme schon jetzt unerschwinglich ist, die Zeche bezahlen. Wir werden nicht akzeptieren, dass auf der einen Seite Millionen durch Misswirtschaft und Naivität verschwendet werden und auf der anderen Seite um ein paar Euro im Sozial- und Gesundheitsbereich gefeilscht wird, weil es so schön übersichtlich ist, dass es jeder versteht wovon er/sie redet und was er/sie beschließt.



© Dr. Klaus-Uwe Gerhardt/pixelio.de

Im Internet geht's mit folgenden Themen weiter:

Björn Gottschalk: Gaststättengesetz gefährdet das Ehrenamt.....	5
Dialogpapier Arbeit und Wirtschaft	6-9
Dialogpapier Bildung	10-18
Dialogpapier Gesundheit und Pflege	19-28
Dialogpapier Klima, Umwelt- und Naturschutz	29-38
www.spd-delmenhorst.de/ortsvereine/deichhorst-stadtmitte	

Die SPD in Niedersachsen beschreibt in den Dialogpapieren ihre konzeptionellen Ansätze und Ideen für eine erfolgreiche Politik in unserem Land. Das Dialogpapier bildet den Auftakt für einen offenen und intensiven Austausch über den besten Weg in eine gute Zukunft Niedersachsens. Wenn Sie sich am Dialog beteiligen wollen, können Sie unterschiedliche Wege nutzen: Schreiben Sie eine E-Mail oder nutzen Sie die direkten Möglichkeiten in unserem Politikportal www.entdecke-niedersachsen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitskreis Zukunftswerkstatt im SPD-Ortsverein Delmenhorst Deichhorst-Stadtmitte

Presserechtlich verantwortlich:

Roswitha Ahrens-Groth, Baumstraße 13 c, 27753 Delmenhorst

Redaktionsanschrift:

Redaktion
Stadtteil-Umschau
Auf dem Streek 3,
27753 Delmenhorst

Auflage: 2000

E-Mail: stadtteilumschau@t-online.de

Die Stadtteilumschau erscheint 2x im Jahr



Björn Gottschalk:

Gaststättengesetz gefährdet das Ehrenamt

Seit diesem Jahr gilt das neue Gaststätten-gesetz in Niedersachsen. Still und leise wurde

es von Schwarz-Gelb in Hannover durch den Landtag gebracht. Die SPD Fraktion stimmte gegen das Gesetz.

Nach dem neuen Ge-setz muss jeder, der Getränke oder Speisen verkaufen will, dieses mindestens vier Wochen vorher anzeigen. Das betrifft aber jetzt nicht nur die Betreiber von Gaststätten, son-

dern auch Vereine. Die Antragssteller erhalten eine Bestätigung, dass sie ihrer Anzeigepflicht nachgekommen sind.

Wenn bei einem Anlass Alkohol ausgeschenkt werden soll, muss der Antragssteller seine Zuverlässigkeit nachweisen.

Was bedeutet das im Klartext? Jede kleinste Sportveranstaltung, sei es ein F-Jugend Turnier oder ein Leichtathletikwettkampf, jeder Flohmarkt und jedes Schulfest, muss zukünftig 4 Wochen vor der Durchführung bei der Stadt/ Gemeinde angezeigt werden, wenn Speisen und Getränke angeboten werden sollen. Neben zusätzlichen Behördengängen wird natürlich für die Beantragung auch eine Bearbeitungsgebühr fällig, diese beträgt in Delmenhorst 30,00 Euro.

Die Gemeinden sind an Recht und Gesetz gebunden. Spielraum für „Nicht-Umsetzung“ dieses/eines Gesetzes ist nicht vorhanden. Delmenhorst kann auf die Erhebung einer Gebühr nur dann verzichten, wenn in jedem Einzelfall geprüft und nachgewiesen wird, dass an der Veranstaltung öffentliches Interesse besteht und die Veranstaltung damit ausschließlich dem Gemeinwohl dient.

Das in Sonntagsreden der Landesregierung



Björn Gottschalk
SPD-Landtagskandidat für Delmenhorst

gefeierte Ehrenamt wird massiv belastet: Erst mit Verwaltungsarbeit, dann mit Kosten, für die das Geld in vielen Vereinen und Initiativen nicht vorhanden ist.

Hinzu kommt noch, dass die Stadt Veranstaltungen auch kontrollieren muss ob der Anzeigepflicht nachgekommen wurde. Sollte dieses nicht der Fall sein, drohen Strafen.

Ein unglaublicher bürokratischer Aufwand.

Dieses Gesetz der

schwarz-gelben Landesregierung schafft kosten-trächtige unnötige bürokratische Hürden für die Durchführung von kleineren Sportveranstaltungen oder Festen. Es schiebt den Verwaltungen der Städte und Gemeinden dabei den „Schwarzen Peter“ zu, da diese an das Gesetz gebunden sind. Die Vereine und ihre Ehrenamtlichen und andere Veranstalter werden verunsichert und zusätzlich belastet, was dazu führen wird, dass viele kleinere Veranstaltungen einfach nicht mehr stattfinden. Aber gerade diese Veranstaltungen sind wichtig. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie sorgen dafür, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht. Es ist wichtig, dass Menschen unterschiedlichster Generationen und Herkunft zusammenkommen, um gemeinsam etwas für andere zu organisieren. Das ehrenamtliche Engagement ist tief in unserem Land verankert und wird durch dieses Gesetz weiter erschwert!

Dieses neue Gaststättengesetz der schwarz-gelben Landesregierung hat nur zu Unsicherheit und großem bürokratischen Aufwand geführt, deshalb gehört es durch eine neue sozialdemokratische Landesregierung rück-gängig gemacht.

Was passiert an der Nordseite des Bahnhofs?

Vorne „hui“ und hinten „pfui“

In den vergangenen fünf Jahren wurde am und im Delmenhorster Bahnhof intensiv an der Verbesserung der Sicherheitslage gearbeitet.

Die Kriminalitätsbelastung ging von 742 erfassten Taten im Jahr 2007 auf nur noch 318 Taten im Jahr 2011 zurück. Dies ist als Erfolg einer gut abgestimmten Kooperation und der Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenkatalogs von Polizei, Stadtverwaltung, Deutsche Bahn, den Anliegern und des Kriminalpräventiven Rates zu bewerten.

An der Südseite des Bahnhofs konnte im April sogar der seit Jahren von der SPD angeregte und immer wieder geforderte „Fahrradkäfig“ eingeweiht werden. Bahnpendler können jetzt auf zusätzlichen 72 neuen Abstellplätzen ihre Fahrräder sicher unterbringen. Für die Südseite ist damit ein weiteres wichtiges Planungsziel erreicht.

Was aber passiert an der Nordseite? Bis auf (natürlich auch wichtige) Reinigungsarbeiten, zwei neue Mülleimer und der Umsetzung von Plakatwänden ist in diesem Bereich wenig passiert. Die völlig veraltete Fahrradabstellanlage ist eine schmutzige und düstere Ecke. Hier treffen sich weiterhin alkoholabhängige Menschen zum Abhängen und Trinken. Die hiermit einhergehenden Verschmutzungen sind trotz der täglichen Säuberungen ein nach wie vor großes Problem.

Die Pläne für eine Umgestaltung im Sinne von Sicherheit und Ordnung, wie an der Südseite des Bahnhofs erfolgreich praktiziert, liegen in der Stadtverwaltung vor.

Auch wenn die Umsetzung mit Kosten verbunden ist: An der Nordseite des Bahnhofs benötigen wir eine neue Fahrradabstellanlage, die den Sicherheitsbedürfnissen der Delmenhorster entspricht und die Schmutzdecke am Fahrradstand muss beendet werden.

Vorne „hui“ und hinten „pfui“? Das geht nicht! Der Stadtrat ist gefordert!

MBIN VIDBOTIPP

Reiche Bürger - arme Stadt Warum Kommunen pleite gehen

Ein Film von Ingolf Gritschneider

Einfach mal reinklicken - Es lohnt sich.

www.wdr.de/tv/diastory/sendungsbeitraege/2012/0206/stadt.jsp





GUTE ARBEIT FÜR NIEDERSACHSEN



www.entdecke-niedersachsen.de

1. „Gute Arbeit“ – unser Leitbild für die Wirtschaftspolitik

Wirtschaft und Arbeitsmarkt entwickeln sich aktuell positiv, bundesweit, wie in Niedersachsen. Aber: Neue Stellen werden vor allem durch Leiharbeit und befristete Beschäftigung geschaffen. Mehr als jede dritte offene Stelle in Niedersachsen ist gegenwärtig ein Leiharbeitsjob. Diese Entwicklung birgt hohen sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff. Vielen jungen und qualifizierten Fachkräften gelingt es nicht, dauerhaft und mit verlässlicher Perspektive in den Unternehmen Fuß zu fassen. Besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben es ältere Arbeitslose und Empfänger von Arbeitslosengeld II. Für sie ist es oft illusorisch, eine neue und dauerhafte Beschäftigung zu finden.

Unsere Überzeugung ist: Wie brauchen Arbeitsplätze, die sich am Leitbild „Guter Arbeit“ orientieren. Die gute Wirtschaftslage darf an den Menschen nicht vorbeigehen. Das Leitbild „Guter Arbeit“ stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Das heißt vor allem faire Löhne und faire Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Vermeidung von Lohndumping durch Leiharbeit, weniger befristete Beschäftigung und ein Recht auf Weiterbildung. Wir brauchen stabile Beschäftigungsverhältnisse in den Unternehmen, die den Menschen auch Perspektiven für eine berufliche Weiterentwicklung bieten. Dauerhafte Arbeitsplatzangst und Unsicherheit machen die Menschen krank.

Die Landesregierung darf sich im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung nicht zum Handlanger von Unternehmen machen, die das Gebot von fairen Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen mißachten. Deshalb muss sich die Wirtschaftsförderung in Zukunft konsequent auch an der Einhaltung der Kriterien „Guter Arbeit“ konzentrieren. Dies gilt umso mehr, da in Zukunft deutlich weniger Finanzmittel für die Wirtschaftsförderung strukturschwacher Regionen im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und im Rahmen des Europäischen Strukturfonds (EFRE) zur Verfügung stehen werden.

Bis zum Jahr 2010 standen pro Jahr rund 80 bis 100 Mio. Euro GRW-Mittel für Niedersachsen zur Verfügung. Aktuell sind es weniger als die Hälfte.

Dazu kommt:

Das Fondsvolumen des EFRE wird für Niedersachsen ab 2014 voraussichtlich um rund ein Drittel auf 750 Mio. Euro im Zeitraum 2014-2020 bzw. rund 100-110 Mio. Euro pro Jahr sinken. Die Förderschwerpunkte, die mit EFRE-Mitteln gefördert werden, sind breit gefächert. Deshalb wird auch in Zukunft nur ein Teil davon für die Förderung von einzelnen Betrieben zur Verfügung stehen. Dabei ist zu beachten, dass die EU-Mittel in Zukunft viel stärker an den inhaltlichen Zielen der EU 2020-Strategie ausgerichtet werden müssen.

Wir sehen dies als Chance und werden die EU-Fördermittel noch gezielter einsetzen, z.B. zur Unterstützung der Unternehmen bei der Bewältigung des demografischen Wandels, zur Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Wahrnehmung der Chancen für Unternehmen und Regionen, die sich aus der Energiewende ergeben. Der Einsatz der EFRE-, ESF- und ELER-Mittel soll außerdem gezielt in den Regionen zur Umsetzung der Regionalstrategien eingesetzt und verzahnt werden.

2. Umsetzung „Guter Arbeit“ in der Wirtschaftsförderung

Kernziel der GRW-Förderung ist seit jeher die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Dauerarbeitsplätzen in den strukturschwachen Regionen. Wir werden dieses Ziel wieder in den Mittelpunkt stellen. Es darf nicht durch die Förderung von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und/oder Minijobs und/oder prekärer Beschäftigung verwässert werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb dafür sorgen, dass die knappen Mittel im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung durch GRW und EFRE nur an Unternehmen vergeben werden, die dem Leitbild „Guter Arbeit“ gerecht werden, also faire Löhne zahlen und faire Arbeitsbedingungen bieten.

Dabei orientieren wir uns an den Kriterien für die einzelbetriebliche Investitionsförderung am Beispiel von Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Das heißt konkret:

- Volle Investitionszuschüsse werden nur für Unternehmen gewährt, die weniger als 10 % der Beschäftigten in Leiharbeit und/oder Minijobs haben.
- Investitionszuschüsse werden nur für Arbeitsplätze gewährt, deren Bezahlung sich mindestens am jeweiligen repräsentativen Branchentariflohn orientiert.
- Unternehmen mit deutlich überdurchschnittlicher Ausbildungsquote, die mindestens die Hälfte ihrer Auszubildenden übernehmen werden mit erhöhten Fördersätzen gefördert.
- Kleine und mittlere Unternehmen sollen im besonderen Fokus stehen.
- Erhöhte Fördersätze sollen ferner gewährt werden für
 - kleine Unternehmen,
 - innovative oder technologieintensive Unternehmen bzw. Vorhaben (dies kann auch im Dienstleistungssektor sein),
 - die Schaffung besonders qualifizierter Arbeitsplätze bzw. Vorhaben (wie z.B. Aufbau oder Ausbau von Entwicklungsabteilungen),
 - Maßnahmen zur Energieeinsparung bzw. zur Verbesserung der Energieeffizienz und des Umweltschutzes, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen.
- Die Umsetzung soll durch ein Zuschlagsmodell in Anlehnung an das Zuschlagsmodell in Sachsen-Anhalt geschehen.
- Die Sozialpartner sollen vor der Förderentscheidung aktiv einbezogen werden und zur beantragten Förderung Stellung nehmen.

Außerdem sollen die EU-Fördermittel zukünftig verstärkt in Form revolvingender Instrumente wie z.B. die Gewährung von Krediten und befristeten Beteiligungen genutzt werden. Durch die Rückflüsse können die EU-Fördermittel dauerhaft auch über die EU-Förderperiode bis 2020 hinaus für die Wirtschaftsförderung gesichert werden.

Befristete Beteiligungen eignen sich insbesondere zur Förderung der Unternehmensfinanzierung für junge, wachstumsstarke Unternehmen. Beteiligungen verbessern grundsätzlich die Eigenkapitalbasis der Unternehmen und unterstützen damit die Unternehmen auch indirekt bei der Sicherung günstiger Kreditkonditionen. Diese Vorteile müssen gerade gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen deutlich gemacht werden.

3. Umsetzung „Guter Arbeit“ im Landesvergabegesetz

Die SPD wird die Wahrung von fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch Land und Kommunen durch ein entsprechend geändertes Landesvergabegesetz durchsetzen. Das jährliche Auftragsvolumen von Land und Kommunen beläuft sich in Niedersachsen auf grob geschätzt mehrere Milliarden Euro.

Das heißt konkret:

- Das Landesvergabegesetz soll zukünftig gelten ab einem Auftragswert von 10.000 Euro (statt bisher 30.000 Euro).
- Die Tarifbindung soll für alle Branchen gelten, die gesetzliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz haben (nicht nur im Baugewerbe wie bisher). Die Auftragnehmer werden auch an die entsprechenden Mindestarbeitsbedingungen gebunden.
(Erläuterung: Gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz gibt es Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen aktuell in folgenden Bereichen: Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Gebäudereinigung, Pflegebranche (Altenpflege und häusliche Krankenpflege), Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft, Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst.)
- Bei Aufträgen im ÖPNV soll es eine auftragsbezogene Tarifbindung an einen als repräsentativ geltenden Tarifvertrag mit einer tariffähigen Gewerkschaft geben.
- Für die Branchen, für die es keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, soll auftragsbezogen ein Stundenlohn von 8,50 Euro gelten.
- Die Einhaltung der Tariftreue soll durch die öffentlichen Auftraggeber effektiv kontrolliert werden. Dazu wird für die Landesaufträge auf Landesebene eine zentrale Kontrollgruppe geschaffen.
- Unangemessen niedrige Angebote werden von der Auftragsvergabe ausgeschlossen.
- Die Tariftreueverpflichtung gilt auch für mögliche Nachunternehmer.

4. Flankierung durch Reformen und Gesetzesinitiativen auf Bundesebene

Klar ist: Das Leitbild „Guter Arbeit“ kann nicht allein durch Aktivitäten auf Landesebene umgesetzt und verwirklicht werden. Dafür braucht es vor allem auch eine entsprechende Bundesgesetzgebung. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene ein

- für die Einführung von flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen,
- die Regulierung der Leiharbeit und die Begrenzung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen,
- für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,
- für die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung und
- für die Sicherstellung von Teilhabe und gestaltende Verantwortung durch Mitbestimmung.

Niedersachsen wird dazu gezielt seinen Einfluss im Bundesrat geltend machen.



DIALOG

INNOVATION UND GESELLSCHAFT

BILDUNGSPOLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

GLEICHE LEBENSCHANCEN FÜR ALLE DURCH BESSERE BILDUNG

Dialogpapier „Bildungspolitik für Niedersachsen“

Gleiche Lebenschancen für alle durch bessere Bildung

1 *„Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst*
 2 *und vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und*
 3 *Familien stärken. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.“*
 4 *Hamburger Grundsatzprogramm 2007*

5

6 **Unsere übergreifenden bildungspolitischen Ziele**

7 Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Chancengleichheit für alle Kinder das Ziel ih-
 8 rer Bildungspolitik. Ein hoher Bildungsstand der Gesellschaft ist die beste Voraussetzung für die gute
 9 wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Beide Ziele, die Eröffnung einer gesicherten Zukunftspers-
 10 spektive für jeden Einzelnen und die Entwicklung einer konkurrenzfähigen und innovativen Wirt-
 11 schaft betreiben wir mit allem Nachdruck. In unserer Bildungspolitik treffen sie sich wie die zwei Sei-
 12 ten einer Medaille.

13 Die Ergebnisse der letzten PISA-Studie von 2009 zeigen den engen Zusammenhang zwischen den
 14 Schulleistungen der Schülerinnen und Schülern, ihrem sozialen Hintergrund und der Qualität der
 15 Schulen. Die Zugangsmöglichkeiten zu allen Bildungsabschlüssen sind zwischen Stadt und Land im-
 16 mer noch ungleich verteilt.

17 Niedersachsen muss die Bildungspotenziale aller Kinder und Jugendlichen besser fördern und das
 18 Bildungsgefälle abbauen. Dazu bedarf es einer Verbesserung der Qualität von Schule und einer inten-
 19 siven Förderung zum Ausgleichen der durch den sozialen Hintergrund gehemmten individuellen
 20 Lernpotenziale.

21

22 **Unsere Startbedingungen**

23 Obwohl sich Niedersachsens Schülerinnen und Schüler im Bundesvergleich mit ihren Leistungen nicht
 24 verstecken müssen, verhindert die Schulstruktur stärker als in anderen Bundesländern die Durchläs-
 25 sigkeit zwischen den Bildungswegen. Fast zwölfmal mehr Kinder müssen die Schulform abwärts
 26 wechseln als umgekehrt. Am unteren Ende im Bundesvergleich rangiert Niedersachsen auch bei der
 27 Realisierung von Chancengleichheit. Die Chance eines Kindes aus oberen Sozialschichten, das Gym-
 28 nasium zu besuchen, ist 5,8-mal höher als die eines Kindes aus unteren sozialen Schichten. Fast 2
 29 Prozent weniger junge Erwachsene erreichen die Hochschulreife als im Bundesschnitt, der bei 49
 30 Prozent liegt. Noch dramatischer ist die Relation beim Übergang in das Duale System. Im Bundes-
 31 durchschnitt erhalten 41,5 Prozent der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss einen Ausbil-

32 dungsplatz, in Niedersachsen sind es dagegen nur 34,8 Prozent. (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Chan-
33 censpiegel, Studie aus 03/2012)

34

35 **Unser Weg**

36 Reformen im Bildungsbereich sind sehr personal- und kostenintensiv und die Spielräume im Landes-
37 haushalt sind eng. Wir werden davor nicht kapitulieren. Wir sind uns dabei bewusst, dass Bildungs-
38 ausgaben Investitionen in die Zukunft sind. Die Bildungsausgaben von heute reduzieren morgen die
39 Ausgaben im sozialen Bereich und sorgen für eine innovative Gesellschaft. Deshalb werden wir alles
40 tun, um mehr Geld für Bildung einzusetzen. Knappe Mittel sind für uns kein Finanzvorbehalt, sondern
41 eine Herausforderung.

42 Wir werden bei sinkenden Schülerzahlen keine Gelder aus dem Bildungsbereich abziehen, sondern
43 diese für eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung unserer Bildungseinrichtungen nutzen.

44 Auf der Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass über Steuermehreinnahmen die Spiel-
45 räume im Landeshaushalt größer werden – und wir sagen fest zu, dass wir einen Teil dieser Mittel in
46 Bildung investieren werden. Auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes gehört zu den Zielen, die
47 wir auf Bundesebene verfolgen werden.

48 Trotzdem wird es nicht möglich sein, alle Mittel für die notwendigen Bildungsreformen sofort zu ak-
49 tivieren und so alle von uns angestrebten Reformen umzusetzen. Deshalb werden wir mit allen betei-
50 ligten Akteuren des Bildungsbereiches in einen offenen Dialog eintreten und einen „Stufenplan für
51 bessere Bildung“ erarbeiten. Bei widerstreitenden Interessenlagen der Beteiligten steht die Politik in
52 der Verantwortung zu entscheiden, welche Maßnahmen prioritär umgesetzt werden.

53

54 **I. Frühkindliche Bildung – Bildung von Anfang an**

55 Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und mehr Chancengleichheit werden schon in
56 den ersten Lebensjahren gelegt. Eine frühe intensive Förderung ist der Türöffner für eine erfolgreiche
57 spätere Bildungslaufbahn.

58 Niedersachsen liegt mit einer Versorgungsquote von 19,1 Prozent für Kinder unter drei Jahren im
59 Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz. Um den Rechtsanspruch sicherzustellen, ist es notwendig,
60 flächendeckend ausreichend Krippenplätze zu schaffen.

61

62 Quantität allein reicht jedoch nicht, wir brauchen auch mehr Qualität. Damit unsere Krippen und
63 Kindergärten noch bessere Bildungseinrichtungen werden, wird eine von der SPD geführte Landesre-
64 gierung folgende Schwerpunkte setzen:

- 65 • Den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren,
- 66 • den Personalschlüssel in Krippen verbessern,

- 67 • Verfügungsstunden für das Personal erhöhen,
- 68 • Gruppengrößen in den Kindertagesstätten für die Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren,
- 69 • Inklusion auch für die frühkindliche Bildung einführen.

70

71 **II. Gute Schule – gute Bildung**

72 Für die SPD-Niedersachsen geht es um die Gestaltung der individuellen Bildungschancen der Kinder –
 73 die auch immer Teilhabechancen sind – so, dass sich die prekäre Situation der mit hohem Risiko be-
 74 hafteten Kinder verbessert. Es geht uns aber auch darum, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu
 75 gestalten und damit eine Antwort auf den demografischen Wandel zu geben. Auf dieser Grundlage
 76 haben wir Vorstellungen erarbeitet, wie eine „Gute Schule“ aussehen muss.

77

78 **Grundschulen**

79 Die Grundschulen sind das Fundament einer guten schulischen Bildung.

80 Versäumnisse der CDU/FDP-Landesregierung in den letzten zehn Jahren sind:

- 81 - Wegfall der Orientierungsstufe und damit Auslesedruck bis in die dritten Klassen wegen der
- 82 Schullaufbahnpflichtempfehlung,
- 83 - Vorziehen des Einschulungsalters ohne adäquate Unterstützung für die Schulen,
- 84 - ständig steigender Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ohne entsprechende För-
- 85 dermaßnahmen für Problemstandorte,
- 86 - Schulleitungsüberlastung.

87

88 Maßnahmen der SPD:

- 89 - Die Grundschulen stehen an vorderster Stelle bei der Einführung qualitativ hochwertiger
- 90 Ganztagschulen,
- 91 - Evaluation der Sprachförderung und diese soweit erforderlich anpassen,
- 92 - Dialog über ein Konzept, wie die Sicherung der Schulqualität in Zeiten zurückgehender Schü-
 93 llerzahlen gesichert werden kann mit folgenden Punkten:
 - 94 ○ Bei der Zusammenlegung kleiner Schulen bleiben die Anrechnungsstunden für Schullei-
 95 tungen erhalten.
 - 96 ○ Die Lehrersollstunden sollen zu einem bestimmten Anteil als Vertretungsreserve ver-
 97 wendet werden für eine Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel.
 - 98 ○ Reduktion der Klassenobergrenzen in zusammengelegten Schulen.
 - 99 ○ Investitionsprogramm für Barrierefreiheit für eine inklusive Ganztagsgrundschule als
 100 Teilfinanzierungsprogramm für die Schulträger.

- 101 ○ Zusammengelegte Grundschulen sollen bei der Umwandlung in eine Ganztagschule
102 vorrangig berücksichtigt werden.

103

104 **Schulstruktur**

105 Die SPD-Niedersachsen wird Schluss machen mit der starren und mit Verboten arbeitenden Schul-
106 strukturpolitik. Sie möchte, dass die kommunalen Schulträger ein regional angepasstes, flexibles und
107 stabiles Schulangebot vorhalten können, das den Anforderungen an eine hohe Qualität und den de-
108 mografischen Veränderungen entspricht.

109 Wir wollen keinen neuen „Schulstrukturstreit“ entfachen. Deshalb werden wir **keine** Schulform
110 abschaffen. Wir sind überzeugt davon, dass die pädagogischen Konzepte, die Planungen der
111 einzelnen Schulträger und die Elternwünsche vor Ort dazu führen werden, dass es zunehmend nur
112 noch Gymnasien und Gesamtschulen gleichberechtigt nebeneinander geben wird.

113 Für die verschiedenen Schulformen verfolgen wir dabei folgende Ziele:

114

115 **Integrierte Gesamtschulen**

116 Für die Integrierten Gesamtschulen muss die Schlechterstellung und Diskriminierung wieder rück-
117 gängig gemacht werden. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- 118 - Abschaffung der Fünfüzigkeit als Errichtungshürde und stattdessen vierzügige Gesamtschu-
119 len zulassen und in Ausnahmefällen auch dreizügige.
- 120 - Anspruch beim Ganztag für Integrierte Gesamtschulen wieder einführen.
- 121 - Gesamtschulen werden ersetzende Schulform.
- 122 - Das Abitur nach neun Jahren wird an den Gesamtschulen wieder eingeführt.

123

124 **Oberschulen**

125 Da wir keine Schulform abschaffen werden, können die Schulträger, sofern es gewünscht wird, auch
126 Oberschulen einrichten bzw. erhalten. Dies ist dort sinnvoll, wo keine ausreichenden Schülerzahlen
127 an Standorten für Gymnasien oder Gesamtschulen vorhanden sind. Damit kann die Oberschule ins-
128 besondere im ländlich strukturierten und schwach besiedelten Räumen als Schulform der Sekundar-
129 stufe I ohne eine Oberstufe auch mit einer kleinen Zügigkeit weiterführt oder errichtet werden, wenn
130 der Schulträger und die Eltern dies wollen.

131

132 **Gymnasien**

133 Die Gymnasien werden wir aufgrund ihrer hohen Akzeptanz bei den Eltern und Schülern als wichtige
134 Säule der niedersächsischen Schullandschaft erhalten und weiterentwickeln. An den Gymnasien soll
135 die Möglichkeit, das Abitur nach acht Jahren abzulegen, erhalten bleiben. So kann eine flächendec-

136 kende Wahlmöglichkeit über unterschiedliche Geschwindigkeiten bis zum Abitur für Schülerinnen
137 und Schüler zwischen Gesamtschulen und Gymnasien angeboten werden. Wir sehen jedoch die hohe
138 Belastung von Schülerinnen und Schülern. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird daher
139 prüfen, ob die Oberstufe so reformiert werden kann, dass Schülerinnen und Schüler im Kurssystem
140 die Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchlaufen können. Mit der sich daraus ergebenden Konse-
141 quenz auf die Verteilung der Stundentafel auf die sechs Jahre der Sekundarstufe I kann die starke
142 Verdichtung dort entzerrt und zugleich eine Anpassung an die individuelle Lerngeschwindigkeit jedes
143 einzelnen Kindes ermöglicht werden.

144

145 **Ganztagsschulen**

146 Das langfristige Ziel einer sozialdemokratischen Landesregierung wird der Ausbau aller Schulen zu
147 echten Ganztagsschulen sein. Angesichts der außerordentlich hohen Kosten von ca. 450 Mio. für eine
148 volle Ausstattung aller Schulen müssen dabei zunächst Prioritäten und ein Stufenplan für den weite-
149 ren Ausbau definiert werden:

- 150 • Eine sozialdemokratische Landesregierung wird die bestehenden und zukünftigen Integrierten
151 Gesamtschulen zu Ganztagsschulen ausbauen.
- 152 • Parallel dazu werden vorrangig auch die Grundschulen zu echten Ganztagsschulen ausgebaut.

153

154 Zugleich soll diesen Ganztagsgrundschulen die Aufgabe zugewiesen und ermöglicht werden, in enger
155 Kooperation mit den Horten in ihrem Umfeld eine Kooperation einzugehen. Ziel ist es dabei, für die
156 Eltern die aus beruflichen Gründen eine umfassendere Tagesbetreuung benötigen, ein solches ge-
157 meinsam organisiertes Angebot vorzuhalten.

158

159 Um den Ausbau der Ganztagsschulen im Primarbereich den finanziellen Möglichkeiten des Landes
160 anzupassen und bildungspolitische Schwerpunkte zu setzen, soll der Prioritäten- und Stufenplan auf
161 der Grundlage folgender Leitgedanken erarbeitet werden:

- 162 • Kleine Grundschulen, die sich mit anderen zusammenlegen, werden vorrangig berücksichtigt.
- 163 • Gleichzeitig soll auf der Grundlage sozialräumlich erhobener Daten ermittelt werden, welche
164 Schulen besonderen Bedarf an vollwertiger Förderung ermöglichender Ganztagsbetreuung ha-
165 ben. Dies kann z.B. infolge eines hohen Anteils von Schülern mit Migrationshintergrund oder ei-
166 nes im jeweiligen Wohnbereich ermittelten erhöhten Armutsrisikos und daraus resultierender
167 Chancenungleichheit der Fall sein.

168

169

169 **Weitere Elemente einer „Guten Schule“**

170 Ein durchlässiges Schulsystem und eine vollwertige Ganztagschule sind wichtige Elemente einer
171 „Guten Schule“. Aus Sicht der SPD-Niedersachsen müssen noch weitere, die Qualität der Schule ver-
172 bessernde Veränderungen hinzukommen. Dazu gehören für uns:

173

174 • **Ein Beratungs- und Unterstützungssystem durch schulische Sozialarbeit, Schulpsychologie und** 175 **Beratungslehrkräfte**

176 Zu einer „Guten Schule“ gehört auch eine Ausstattung mit ausreichender schulischer Sozialarbeit.

177 Dabei ist schulische Sozialarbeit eine Landesaufgabe. Sie kann und sollte selbstverständlich mit der
178 örtlichen Jugendhilfe kooperieren.

179 Die Verbesserung der Ausstattung von schulischer Sozialarbeit ist eng verbunden mit der Neuerstel-
180 lung eines ganzheitlichen Beratungs- und Unterstützungskonzeptes für Schulen, das auch weitere
181 Schulpsychologen und eine erhöhte Anrechnungstundenzahl für Beratungslehrkräfte vorsieht. Schu-
182 lische Sozialarbeit ist grundsätzlich an allen Schulformen notwendig. Hier ist ein Konzept mit den
183 Trägern der örtlichen Jugendhilfe und den Schulträgern zu erarbeiten, das effizient und schnell Hilfe
184 anbieten und präventiv wirken kann.

185

186 • **Gute Unterrichtsversorgung und kleinere Klassen**

187 Ein wichtiges Element der „Guten Schule“ ist die Sicherung der Unterrichtsversorgung im vollen Um-
188 fang der Stundentafel und die Senkung der Klassenobergrenzen. Dafür sind deutlich mehr Lehrkräfte
189 erforderlich. Daher bedarf es hierfür eines realistischen und finanzierbaren Stufenplanes, der sinnvol-
190 le Schritte hin zu kleineren Klassen festlegt.

191

192 • **Moderne Formen der Leistungsprüfung**

193 Für das Erreichen einer „Guten Schule“ sollte an den weiterführenden Schulen, insbesondere an
194 Gymnasien und Gesamtschulen, die vorgesehene Zahl schriftlicher Klassenarbeiten und Klausuren
195 drastisch reduziert werden. Der althergebrachte Rahmen dieser Prüfungsform – isolierte, schwei-
196 gend verrichtete Einzelarbeit mit völligem Kontaktverbot zu Mitschülerinnen und Mitschülern – ent-
197 spricht nicht mehr den gesellschaftlichen und beruflichen Erfordernissen der Moderne. Heute sind
198 immer mehr Teamwork und kooperative Arbeitsformen gefordert.

199 Deshalb soll die nicht zeitgemäße Belastung für Schülerinnen und Schüler und für die korrigierenden
200 Lehrkräfte beendet werden. Ihr Gewicht für die Gesamtwertung muss drastisch gemindert werden.

201 Andere – längst erprobte – Formen der Leistungsüberprüfung sind für eine „Gute Schule“ höher zu
202 gewichten und können gewinnbringend eingesetzt werden. Dazu gehören z.B. Präsentationen, Pro-
203 jektarbeiten und Teamproduktionen.

204 **Inklusion**

205 Jedes Kind ist einzigartig und muss mit seinen Stärken und Schwächen angenommen und individuell
206 gefördert werden. – Dies fordert die UN-Menschenrechtskommission und dies entspricht den Über-
207 zeugungen der SPD-Niedersachsen.

208 Wir werden deshalb den Weg hin zu einer echten Inklusion in unseren Schulen konsequent beschrei-
209 ten.

210 Dabei wird von allen an Schule Beteiligten eine Kultur des Gelingens gefordert, die sämtliche Kräfte
211 darauf richtet, die Kinder in ihrem Lernbemühen zu unterstützen – Abschlüssen und Sitzenbleiben
212 haben im Schulalltag keinen Platz mehr. Auch die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern. Perspek-
213 tivisch müssen wir deshalb

- 214 • deutlich kleinere Lerngruppen, neue Unterrichtskonzepte und eine andere Lehrkräfteausbildung
- 215 haben,
- 216 • den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung zur Regel machen und
- 217 Unterrichtsräume behindertengerecht ausgestalten,
- 218 • mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zur Verfügung stellen und die Fort- und Wei-
219 terbildung der Lehrkräfte anpassen.

220 Dafür werden wir gemeinsam mit allen Akteuren in der Bildungspolitik einen Aktionsplan erarbeiten
221 und die schon realisierten Maßnahmen kontinuierlich überprüfen und nachsteuern. Inklusion muss
222 als dauernder Prozess begriffen werden. Wir werden daher einen „Inklusionsbeirat“ im Kultusmini-
223 sterium einrichten, um kontinuierlich die – u.a. finanziellen – Auswirkungen des Gesetzes zur Einfüh-
224 rung der inklusiven Schule zu begleiten.

225

226 **Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zu persönlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlicher** 227 **Teilhabe**

228 Berufliche Bildung muss gute Startchancen der Jugendlichen in das Berufsleben garantieren. Sie soll
229 den steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken und so die Wirtschaft in Niedersachsen
230 wettbewerbsfähiger machen. Das Ziel der SPD-Niedersachsen ist es deshalb, für alle jungen Men-
231 schen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten und gleichzeitig die Möglichkeiten der berufli-
232 chen Fort- und Weiterbildung auszubauen.

233 Alle Schülerinnen und Schüler müssen nach Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule ausbil-
234 dungsfähig sein. Der Übergang zur Berufsausbildung muss verbessert werden und abgestimmter
235 erfolgen. Zugleich müssen Bildungsgänge, die bisher Defizite eines nicht abgestimmten Übergangssy-
236 stems ausgleichen, so schnell wie möglich entbehrlich werden.

237 Die SPD-Niedersachsen bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung und wird die Partner-
238 schaft zur ausbildenden Wirtschaft ausbauen. Wir werden die Bildungsangebote an den Berufsbil-

239 denden Schulen differenzieren und entsprechend den jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und
 240 sozialstrukturellen Gegebenheiten gestalten.

241 Deshalb müssen die Möglichkeiten, neben einem Schul- oder Hochschulabschluss einen Ausbildungs-
 242 abschluss zu erwerben (sog. „Doppelqualifizierung“), verbessert werden.

243

244 Die SPD-Niedersachsen wird deshalb

- 245 • dafür Sorge tragen, dass die Kooperationen zwischen den Berufsbildenden Schulen und den all-
 246 gemeinbildenden Schulen ausgebaut werden,
- 247 • die Bildungsgänge in den Übergangssystemen gezielter und qualitätsorientierter aufeinander ab-
 248 stimmen und sie an eine vollqualifizierende Berufsausbildung anschlussfähig machen,
- 249 • in enger Zusammenarbeit mit der ausbildenden Wirtschaft die Berufsbildende Schulen als Quali-
 250 tätsstandards garantierende Kompetenzzentren ausbauen,
- 251 • die Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen, dem Erwerb höherer Abschlüsse und
 252 eine berufsbezogene Fort- und Weiterbildung ausbauen,
- 253 • ein Berufsabitur einführen.

254

255 III. Bildungsregionen

256 Das Instrument der Bildungsregionen muss in Niedersachsen stärker unterstützt und weiterentwic-
 257 kelt werden.

258 Mit der Umsetzung von Bildungsregionen soll die Zusammenarbeit aller Institutionen im Bildungsbe-
 259 reich verbessert werden. Wie in anderen Regionen Deutschlands und der EU muss Bildung damit zu
 260 einem anerkannten regionalpolitischen Thema werden, das die bestehenden Zuständigkeiten auf
 261 den verschiedenen Ebenen aufgreift und im Sinne einer verbesserten Zusammenarbeit optimiert. Die
 262 jeweiligen Regionalzusammenschlüsse und die Kommunen müssen dabei von Anfang an zwingend
 263 einbezogen werden.

264 Ziel der Bildungsregionen ist es, alle Akteure der Region – Anbieter und Nachfrager von Bildung und
 265 Qualifizierung sowie die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt- und Sozialpoli-
 266 tik – zusammenzuführen, um ein Qualifizierungsnetzwerk zur Verbesserung der Lern- und Ausbil-
 267 dungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu knüpfen.

268

269 Hannover, 07. Mai 2012



DIALOG *SOZIALES*

GESUNDHEIT UND PFLEGE FÜR NIEDERSACHSEN

Dialogpapier „Gesundheit und Pflege für Niedersachsen“

1 Unsere wichtigsten Grundwerte in der SPD sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dafür haben
2 wir in der Geschichte immer gekämpft. Wir haben dazu beigetragen, dass die großen Lebensrisiken -
3 Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit – gemeinschaftlich abgesichert worden sind. Die
4 sozialen Sicherungssysteme in unserem Land wären ohne die Sozialdemokratie nicht denkbar. Sie
5 sind ein großer Fortschritt, den wir verteidigen und weiterentwickeln werden. Denn zu einem
6 demokratischen Staat gehört das Recht auf gleiche Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger.
7 Es ist das Kernversprechen unseres Sozialstaates, dass im Krankheitsfalle alle medizinisch
8 notwendigen Leistungen unabhängig von der finanziellen Leistungskraft des Einzelnen zur Verfügung
9 stehen müssen. Gerade dessen Philosophie zeigt sich in der Krise den privaten oder rein staatlichen
10 Schutzsystemen weit überlegen.

11 Ein soziales Miteinander ist undenkbar ohne soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit bedeutet,
12 dass jeder und jede, unabhängig von Alter, Geschlecht, Geldbeutel oder Herkunft das Recht und vor
13 allem auch die tatsächliche Chance auf gesellschaftliche Teilhabe haben muss.

14

15 **I. Gesundheit für alle – für eine leistungsfähige, sichere und flächendeckende medizinische** 16 **Versorgung in Niedersachsen**

17

18 Kennzeichen einer fortschrittlichen sozialdemokratischen Gesundheitspolitik ist eine leistungsfähige,
19 sichere und flächendeckende, bezahlbare medizinische Versorgung. Grundlage dafür bleibt die
20 paritätisch finanzierte Krankenversicherung. Die SPD wird sich mit aller Kraft für einen einheitlichen
21 Leistungskatalog und stabile Krankenversicherungsbeiträge einsetzen. Jede Form der
22 Zweiklassenmedizin lehnt die SPD ab. Breite Schultern können und müssen mehr tragen als schmale
23 Schultern. Gesundheit für alle ist das Kernversprechen unseres Sozialstaats. Mit dem Konzept der
24 solidarischen Bürgerversicherung geht die SPD deshalb einen völlig anderen Weg als die schwarz-
25 gelbe Bundes- und Landesregierung, die Leistungsausgrenzungen und eine Privatisierung des
26 Gesundheitsrisikos wollen.

27 Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und
28 stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen künftig neue Wege in der
29 Gesundheitsversorgung. Dabei wird es in erster Linie darum gehen, Rahmenbedingungen für eine
30 zukunftsfähige bedarfsgerechte Versorgungsstruktur in allen Landesteilen zu schaffen.

31 Die unzeitgemäße, künstliche Trennung zwischen medizinisch ambulanter, stationärer und
32 pflegerischer Versorgung hat sich überlebt und führt durch ihr Nebeneinander zu Über-, Unter- und

33 Fehlversorgung. Insbesondere in den ländlichen Gebieten und angesichts des demografischen
34 Wandels müssen Alternativen zur heutigen Form der Versorgung entwickelt werden, und zwar
35 zugunsten einer abgestimmten regionalen medizinischen Versorgung aus einer Hand. Dabei muss das
36 Geld der Leistung folgen.

37
38 Auch Selbsthilfegruppen werden dabei eine weiter wachsende Bedeutung erlangen. Dort nehmen
39 betroffene Bürgerinnen und Bürger als Experten in eigener Sache ihre Interessen wahr, unterstützen
40 Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige und füllen Defizite im Leistungskatalog der
41 gesetzlichen Sozialversicherung aus. Sie sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

42
43 Gerade in ländlichen Regionen kann die medizinische Versorgung nur durch Schwerpunktbildungen,
44 regionale Kooperationen und auch Fusionen sichergestellt werden. Eine SPD-Landesregierung wird
45 deshalb nicht Lobbyinteressen, sondern die Bedürfnisse der Patienten und die Qualität der
46 medizinischen Leistungserbringung konsequent zum Maßstab ihrer Gesundheitspolitik machen.

47 Das gilt auch für die flächendeckende ärztliche, insbesondere hausärztliche Versorgung.
48 Entsprechend der bundesgesetzlichen Vorschriften ist es in erster Linie Auftrag der Kassenärztlichen
49 Vereinigung Niedersachsens, die lückenlose Versorgung mit allen notwendigen ambulanten
50 medizinischen Leistungen sicherzustellen.

51 Angesichts des demografischen Wandels wächst die Bedeutung von allgemeinmedizinischen
52 Leistungen für eine koordinierte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Während die
53 allgemeinmedizinische Versorgung in städtischen Regionen gesichert ist, wird es immer schwieriger,
54 Hausärzte/innen zu einer Niederlassung in dünner besiedelten Regionen des Landes zu bewegen.
55 Niedersachsen zerfällt immer stärker in über- und unterversorgte Regionen.

56
57 Entscheidender Ansatzpunkt ist dabei nicht ein höheres Ärztehonorar, sondern eine deutlich zu
58 verbessernde Aus- und Weiterbildung zur Allgemeinmedizin. Hinzu kommt, dass heute über 60
59 Prozent der Medizinstudierenden Frauen sind. Damit verändern sich auch die Entscheidungskriterien
60 für oder gegen eine Niederlassung als Allgemeinmedizinerin auf dem Lande. Immer wichtiger werden
61 daher auch mit Unterstützung des Landes strukturpolitische Maßnahmen der Städte und Gemeinden
62 zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch Erhaltung und Verbesserung der
63 Infrastruktur z. B. im Kita- und Schulbereich. Darüber hinaus muss es in seinem Zuständigkeitsbereich
64 – in der universitären Ausbildung – den Beruf des Hausarztes fördern.

65
66 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in Abstimmung mit den Gesundheitspartnern im Land u. a.
67 folgende Initiativen ergreifen, um die flächendeckende hausärztliche Versorgung zu gewährleisten:

- 68 • Ausbau der Lehrstühle für Allgemeinmedizin in der Universitätsmedizin. Sie werden so
69 ausgestattet, dass sie in der Lage sind, eine Mindestanzahl von Medizinstudierenden an eine
70 hausärztliche Versorgung heranzuführen, z. B. durch Stipendien.
- 71 • Reform der Vergabe von Medizinstudienplätzen, bei denjenigen, die sich zu einer
72 hausärztlichen Zulassung verpflichten.
- 73 • Steigerung der Weiterbildungsstellen für Hausärztinnen und Hausärzte in allen
74 niedersächsischen Krankenhäusern. Akademische Lehrkrankenhäuser der Medizinischen
75 Hochschulen werden nur noch dann anerkannt, wenn in ihnen eine Mindestanzahl von
76 Weiterbildungsstellen, Praktikums- und Hospitationsstellen für Hausärztinnen und Hausärzte
77 vorhanden sind. Die Umschulung von Fach- zu Hausärzten wird kein Tabu mehr sein.
- 78 • Angleichung der heute noch bestehenden Vergütungsunterschiede bei der
79 Weiterbildungsförderung zwischen ambulantem und stationärem Bereich.
- 80 • Aufbau spezieller Landesprogramme für Existenzgründerinnen, die sich auf dem Lande
81 niederlassen wollen. Wichtig ist ein solches Programm insbesondere angesichts der stark
82 wachsenden Zahl künftiger Hausärztinnen.
- 83 • Förderung von mobilen Hausarztpraxen.
- 84 • Ausweitung der Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeiten auf nichtärztliches Fachpersonal.

85

86 **Krankenhauslandschaft**

87 Auch die niedersächsische Krankenhauslandschaft wandelt sich radikal. So hat der medizinische
88 Fortschritt die Verweildauer in den Kliniken deutlich gesenkt. Der technische Fortschritt führt zu
89 immer besserer, aber auch sehr teurer Apparate-Medizin. Eingriffe, die früher langwierige
90 Krankenhausaufenthalte zur Folge hatten, werden heute ambulant vorgenommen. Die Finanzierung
91 stationärer Leistungen wurde auf Fallpauschalen umgestellt, was zu einem starken
92 Wirtschaftlichkeitsschub in den Krankenhäusern geführt hat. Und nicht zuletzt werden die Folgen des
93 demografischen Wandels immer spürbarer. Der Trend zu spezialisierten, größeren Krankenhäusern
94 und zur Privatisierung ist unübersehbar. Die Strukturveränderung im Krankenhausbereich erfordert
95 neben verbesserten und längerfristigen Bedarfsplanungen mehr Abstimmung, Kooperation und
96 Aufgabenteilung. Dazu sind Möglichkeiten wie bessere ambulante Versorgungsnetze, integrierte
97 Versorgung, Notfall- oder Portalkliniken mit verbesserter Diagnosefähigkeit und
98 Transportkapazitäten wie auch die Möglichkeiten der Telemedizin stärker in Betracht zu ziehen.

99

100 Die Regierung McAllister hat in den vergangenen Jahren die Chance verpasst, um die
101 niedersächsischen Krankenhäuser fit für die Zukunft zu machen. Schlimmer noch: Niedersachsens
102 Kliniken sind chronisch unterfinanziert. 2011 strich die Landesregierung die Mittel für die

103 Krankenhäuser um 85 Millionen Euro von 120 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro zusammen. Unter
104 Schwarz-Gelb wurde Niedersachsen bundesweites Schlusslicht in der Krankenhausfinanzierung. Nach
105 Schätzungen der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft beläuft sich der Sanierungsstau in den
106 Kliniken mittlerweile auf rund 1 Milliarde Euro.

107

108 Eine SPD-Landesregierung wird Schluss machen mit diesem falschen Kurs. Die Krankenhausförderung
109 des Landes wird sich künftig wieder orientieren an den Bedürfnissen der Patienten, dem Ziel einer
110 sicheren und flächendeckenden Versorgung und der Qualität der im Krankenhaus erbrachten
111 Leistungen. Konkret wird deshalb eine SPD-Landesregierung u. a. folgende Initiativen ergreifen:

- 112 • Konsequente Verzahnung von ambulanter, stationärer, pflegerischer, Rettungsdienst- und
113 Notfallversorgung.
- 114 • Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit, wirtschaftliche Versorgung und demographische
115 Entwicklung werden zur Basis von Investitionsentscheidungen des Landes.
- 116 • Kooperationen, Fusionen und Schwerpunktbildungen von Krankenhäusern müssen vorrangig
117 gefördert werden. Dieses gilt auch für unterversorgte Indikationen, z. B. in der Geriatrie,
118 Palliativmedizin oder stationären Betreuung von Erkrankten mit Demenz.
- 119 • Eine länderübergreifende Krankenhausplanung vor allem mit Hamburg und Bremen ist
120 angesichts der Patientenwanderungen sinnvoll.
- 121 • Verstößt eine Klinik gegen ihren Versorgungsauftrag – auch was Notfälle angeht - kann sie
122 aus dem Krankenhausplan genommen werden.
- 123 • In jeder Klinik wird es Patientenfürsprecher/innen geben.
- 124 • In allen Krankenhäusern, die Intensivbetten vorhalten, werden Transplantationsbeauftragte
125 bestellt.
- 126 • Krankenhaushygiene erhält höchste Priorität.
- 127 • Ein Sozialdienst wird in allen Krankenhäusern eingerichtet, um weitergehende Hilfen für
128 Patientinnen und Patienten nach der Klinikentlassung abzusichern.

129

130 II. Gute Pflege für alle – wertvolle Pflege sichern

131

132 „Grau ist bunt“ ist die Richtschnur für eine moderne sozialdemokratische Altenpolitik in
133 Niedersachsen. Dazu gehört, das Wissen, die Erfahrungen und die Wünsche älterer Menschen zu
134 respektieren und zu nutzen. Es ist die Verpflichtung von Politik und Gesellschaft, älteren Menschen
135 die Möglichkeit zu geben, in Würde zu altern. Das gilt auch für eine menschenwürdige Pflege sowie
136 für eine solidarische Absicherung des Pflegerisikos. Heute entscheidet sich, wie wir morgen gepflegt
137 werden. Eine gute und sichere Pflege ist deshalb für die SPD ein unverzichtbarer Teil der

138 Daseinsvorsorge. In der Pflege geht es darum, mit viel Verantwortung, mit Menschlichkeit und auch –
139 ganz schlicht – mit genügend Zeit oftmals schwerstkranke Menschen zu betreuen und zu pflegen.
140 Qualität muss deshalb in der Pflege oberstes Gebot sein. Dazu gehört selbstverständlich eine gute
141 Entlohnung für die hart arbeitenden, engagierten Pflegekräfte. Der Marsch in die Billigpflege ist
142 deshalb falsch. Gleichzeitig gilt: Der größte Teil der Pflege wird in der Familie geleistet. Wenn über
143 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geredet wird, dann gehört neben der Kindererziehung eben
144 auch die Pflege von Angehörigen dazu.

145

146 Dem Pflegesystem fehlen bis zu fünf Milliarden Euro – bei wachsendem Bedarf. Bis 2020 wird die
147 Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen von heute rund 260.000 auf über 300.000 ansteigen.
148 Bereits jetzt fehlen in Niedersachsen rund 3.000 Pflegekräfte. Für 2020 wird eine Lücke von bis zu
149 30.000 fehlenden Pflegekräften in Niedersachsen prognostiziert. Wichtig ist deshalb eine dauerhaft
150 gesicherte Finanzierung, wie sie die SPD mit ihrem Konzept einer Pflege-Bürgerversicherung
151 entwickelt hat.

152

153 Niedersachsen steht in der Pflege vor einem Notstand: eine enge zeitgetaktete Pflege, Tarifflicht,
154 Dumpinglöhne, wachsender Wettbewerbsdruck, immer schwerer zu findende Fachkräfte. Im
155 Vergleich der westdeutschen Flächenländer liegt das Land bei der Höhe der Pflegesätze um
156 17 Prozent unter dem Durchschnitt und damit auf dem vorletzten Platz.

157

158 Trotz aller Proteste verschärfte die Landesregierung unbeirrt diese unhaltbare Situation. Die
159 Regierung McAllister ist ausgewiesene Lobbyistin der Entsolidarisierung. Schritt für Schritt hat sie sich
160 in den vergangenen Jahren aus der finanziellen Verantwortung für die Pflege verabschiedet. 2005
161 strich sie die Landesmittel in der stationären Pflege komplett. 2009 wurden die Landesgelder in der
162 ambulanten Pflege um 20 Prozent zusammengestrichen. Zuletzt kürzte Schwarz-Gelb in 2011 die
163 Landesmittel für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege um sechs Millionen Euro. Das ist der vorläufig
164 härteste Eingriff von Schwarz-Gelb. Er belastet die pflegenden Angehörigen zusätzlich mit rund 450
165 Euro in allen Pflegestufen, verletzt den gesetzlichen Auftrag „ambulant vor stationär“ und trifft
166 besonders den ländlichen Raum.

167

168 Immer noch müssen viele Altenpflegeschüler/innen jeden Monat Schulgeld zahlen. Und eine
169 solidarische Finanzierung der Altenpflegeausbildung lehnt die Regierung McAllister aus rein
170 ideologischen Gründen ab. So zementiert Schwarz-Gelb in Niedersachsen die groteske Situation, dass
171 – trotz stark steigender Nachfrage nach Pflegefachkräften – Ausbildungsverweigerung ein
172 Wettbewerbsvorteil bleibt.

173 Nicht zuletzt hat die Landesregierung Mindestlöhnen in der Pflege nicht zugestimmt. Mit dieser
174 Aktion sorgte die Landesregierung dafür, dass im Pflegebereich der „Druck im Kessel“ immer größer
175 wird. Der Ende 2011 von der Sozialministerin präsentierte sogenannte „Pflegepakt“ löst kein einziges
176 der zentralen Probleme im Pflegebereich.

177

178 Eine Trendwende ist daher überfällig. Dies gilt sowohl für die Landes- als auch für die Bundesebene.
179 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb folgende landespolitischen Initiativen für eine gute und
180 sichere Pflege ergreifen:

- 181 1. Komplette Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschüler/innen ab dem Schuljahr 2013. Es ist nicht
182 länger hinnehmbar, dass junge Menschen, die den verantwortungsvollen Beruf der Altenpflege
183 erlernen wollen, dafür auch noch Geld mitbringen müssen.
- 184 2. Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der
185 Altenpflegeausbildung zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Einrichtungen. Diese
186 Maßnahme bedarf keiner zusätzlichen Landesgelder.
- 187 3. Verstärkte Anstrengungen zur Zusammenführung einer Grundausbildung von Alten-, Kranken-
188 und Gesundheitspflege (erfolgreiche Modellversuche wurden bereits unter
189 Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt durchgeführt).
- 190 4. Offensive Nutzung der Umschulungsmöglichkeiten in der Altenpflege, wobei die
191 Bundesregierung im dritten Umschulungsjahr über die Bundesagentur für Arbeit die laufende
192 Hilfe zum Lebensunterhalt für die Umschüler/innen sicherstellen muss.
- 193 5. Anerkennung der tariflichen Entlohnung in der Altenpflege zur Beendigung der
194 Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche.
- 195 6. Erhöhung der Pflegesätze in Niedersachsen über eine Konvergenzphase auf mindestens den
196 durchschnittlichen Pflegesatz der westdeutschen Bundesländer. Die Landesregierung muss dabei
197 ihre Möglichkeiten der Rechts- und Fachaufsicht nutzen.
- 198 7. Ausrichtung der Preisbildung in der Pflege an der tatsächlichen landesweiten Auslastung.
- 199 8. Sicherung und Wiederherstellung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege in allen
200 niedersächsischen Pflegeeinrichtungen.
- 201 9. Weiterentwicklung des Landesheimgesetzes zu einem Gesetz für Selbstbestimmung und Teilhabe
202 der Heimbewohner/innen einschließlich der gesetzlichen Absicherung der Fachkräftequote in
203 den Pflegeeinrichtungen sowie der umfassenden Anerkennung und Förderung alternativer
204 Wohnformen.
- 205 10. Weniger Bürokratie durch Überprüfung der Dokumentationspflichten und Bündelung der
206 unabgestimmten und zersplitterten Aufsichtsaktivitäten sowie Reduzierung der turnusgemäßen
207 Besuche des Medizinischen Dienstes (MDKN) in den Pflegeeinrichtungen auf alle drei Jahre.

208 11. Stärkung der Unabhängigkeit des Medizinischen Dienstes. Der MDKN muss deshalb
209 perspektivisch die derzeitige Anbindung an die gesetzliche Krankenversicherung aufgeben und
210 seine Aufgaben unter dem Dach einer obersten Landesbehörde erfüllen.

211 12. Gesetzliche Verankerung der kommunalen Mitverantwortung für eine leistungsfähige
212 Pflegeinfrastruktur und der Pflicht zur Vorlage verbindlicher kommunaler Pflegebedarfspläne.

213

214 **III. Die soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen entwickeln**

215

216 Gesundheit wird immer stärker zur Leitbranche. Eine Studie der Bundesregierung geht von jährlich
217 3 Prozent Wachstum in dieser Branche aus. Die soziale Gesundheitswirtschaft ist DER Job-Motor der
218 Zukunft.

219

220 Niedersachsens Potenziale sind groß. Schon heute ist die soziale Gesundheitswirtschaft mit rund
221 370.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eines der größten Beschäftigungsfelder in
222 Niedersachsen. Allein für Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden in Niedersachsen
223 jährlich über 20 Milliarden Euro ausgegeben. Nicht zu vergessen: Niedersachsen hat exzellente
224 Voraussetzungen zum Spitzenland im Gesundheits-, Sport- und Wellness-tourismus zu werden: Küste,
225 Harz, Heide und Weserbergland.

226

227 Die positiven Entwicklungsvorhersagen beruhen dabei vor allem auf zwei starken Trends: Zum einen
228 wandelt sich seit einiger Zeit das Verständnis von Gesundheit. Gesundheit ist heute mehr als die
229 Abwesenheit von Krankheit. Gesund sein und bleiben wird immer stärker mit einem individuellen
230 Lebensstil, mit Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden verknüpft. Die biografische Selbstbestimmung
231 hat wachsenden Einfluss auf das Verständnis von Gesundheit. Zum anderen wachsen die Bedarfe
232 durch den demografischen Wandel, den damit verbundenen Anstieg von Multimorbidität und
233 chronischen Krankheiten sowie durch den medizinischen Fortschritt in Diagnose und Therapie. Die
234 Enquetekommission des Landtages „Demografischer Wandel“ hat bereits 2007 prognostiziert, dass
235 bis 2030 die Gruppe der 60-jährigen, die für das Segment „Wellness und Gesundheitsvorsorge“
236 besonders bedeutsam ist, in Niedersachsen auf 37 Prozent der Gesamtbevölkerung wächst. 2005 lag
237 deren Anteil noch bei 25 Prozent.

238 Die Klage von Arbeitgeberverbänden über steigende „Gesundheitskosten“ oder
239 „gesundheitsbedingte Lohnnebenkosten“ greift deshalb zu kurz. Schlechtere Gesundheit heißt in der
240 Konsequenz geringere ökonomische Produktivität. Aufwendungen für Gesundheit sind Investitionen,
241 die die soziale Gesundheitswirtschaft zur Wertschöpfung sowie zur Sicherung und Schaffung von

242 Arbeitsplätzen einsetzt. Gerade auch die Rehabilitation und betriebliche Gesundheitsvorsorge wird
243 bei veränderten Lebensarbeitszeiten eine weiter steigende Bedeutung bekommen.

244

245 Das Wachstum beruht bislang allerdings auch auf einer überdurchschnittlich hohen Teilzeitquote –
246 insbesondere bei Frauen. In vielen Fällen werden Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umgewandelt. Der
247 Kostendruck in der Gesundheitsversorgung steigt, mit allen damit verbundenen negativen Effekten
248 für einen weiteren Beschäftigungsaufbau, für eine anhaltende Arbeitsverdichtung bei den
249 Beschäftigten und damit letztlich für die Qualität der erbrachten Gesundheitsdienstleistungen.

250

251 Die Regierung McAllister hat in den vergangenen Jahren diese Chancen und Herausforderungen für
252 das Land nicht ein einziges Mal wahrgenommen. Das Land nutzt nur unterdurchschnittlich seine
253 Arbeitsmarktpotenziale in dieser Zukunftsbranche. Im Vergleich der westdeutschen Länder liegt
254 Niedersachsen dabei auf dem letzten Platz, im bundesweiten Vergleich liegt es gemeinsam mit
255 Thüringen auf dem vorletzten Platz (und nur vor Brandenburg).

256

257 Eine SPD-Landesregierung wird demgegenüber die Stärkung dieser dynamischen Wirtschaftsbranche
258 mit wachsendem Arbeitskräftepotenzial zu einem ihrer Schwerpunkte machen. Ziel ist dabei eine
259 soziale Gesundheitswirtschaft. Die schwarz-gelben Vorstellungen eines möglichst unregulierten
260 Gesundheitsmarktes mit einem weitgehend privatisierten Gesundheitsrisiko lehnen wir ab.

261 Gesundheitsleistungen sind mehr als nur Waren, die am Gesundheitsmarkt nach den üblichen
262 Marktmechanismen gehandelt werden.

263 Der Patient als „Kunde“ ist nur beschränkt souverän in seiner „Kaufentscheidung“ solange er die
264 Qualität, die Preiswürdigkeit und die Notwendigkeit einer Leistung kaum beurteilen kann. Reine
265 Marketingstrategien und „Krankheitserfinder“ sind Auswüchse eines falsch verstandenen
266 Marktgeschehens, die im Gesundheitswesen keinen Platz haben dürfen. Patientenorientierung,
267 Information und Transparenz brauchen insofern einen deutlich größeren Stellenwert in der sozialen
268 Gesundheitswirtschaft.

269 Eine SPD-Landesregierung wird der Qualität des Wachstums ihr besonderes Augenmerk widmen. So
270 ist eine flächendeckende, sichere, gute und bezahlbare Versorgung mit allen notwendigen
271 Gesundheitsleistungen unverzichtbar. „Gesundheit für alle“ ist nicht nur ein Verfassungsauftrag,
272 sondern auch zentrale Säule einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik.

273 Auch dem Grundsatz „Gute Arbeit – gutes Geld“ muss in der sozialen Gesundheitswirtschaft Geltung
274 verschafft werden. Lohndumping - wie beispielsweise in der Pflegebranche weit verbreitet -
275 verschärft den Fachkräftemangel und schadet damit den Entwicklungschancen der sozialen
276 Gesundheitswirtschaft.

277 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb einen „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft
278 Niedersachsen“ vorlegen, um

- 279 • Niedersachsen als einen attraktiven Standort der sozialen Gesundheitswirtschaft zu
280 etablieren,
- 281 • regionale Stärken und Wachstumspotenziale zu identifizieren und zu fördern - beispielsweise
282 durch regionale und kommunale Gesundheitskonferenzen,
- 283 • Beschäftigungspotenziale der sozialen Gesundheitswirtschaft zu mobilisieren,
- 284 • die Qualifizierung von Personal zu fördern,
- 285 • Qualitätsstandards für Güter und Dienstleistungen der sozialen Gesundheitswirtschaft zu
286 gewährleisten und weiterzuentwickeln,
- 287 • den Verbraucherschutz zu stärken sowie
- 288 • die notwendige institutionelle Entwicklungsinfrastruktur zu schaffen.

289

290 Schwerpunkte des Masterplans „Soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen“ werden sein:

- 291 - Gesundheitsförderung und Prävention,
- 292 - Gesundheits-, Sport- und Wellnesstourismus,
- 293 - Kurwesen,
- 294 - Rehabilitation und Pflege,
- 295 - Ernährungswirtschaft,
- 296 - Seniorenwirtschaft,
- 297 - Life-Science-Technologien,
- 298 - Hochleistungsmedizin und Forschungsschwerpunkte,
- 299 - Versorgungssicherheit und neue integrative Versorgungsformen,
- 300 - Bildung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt in der sozialen Gesundheitswirtschaft,
- 301 - Qualitätsstandards und Verbraucherschutz, Information und Markttransparenz,
- 302 - Innovationen und Innovationsförderung.

303

304 Hannover, 21.05.2012

Dialogpapier: „Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik“

1. Niedersachsen in Zeiten des Klimawandels

Niedersachsens Natur und Umwelt

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland und geprägt von außerordentlicher Vielfalt der Regionen. Nirgendwo sonst in Europa treffen Landschaften aus so unterschiedlichen erdgeschichtlichen und klimatischen Zeiträumen so nah aufeinander wie bei uns. Die Küste mit Inseln, Watten, Marschen und Flussmündungsgebiete, die Geestlandschaften von der Ems durch Ostfriesland bis nach Stade, das Weser-Aller Flachland, die Lüneburger Heide und das Wendland, das Weser- und Leinebergland bis hin zum Harz machen Niedersachsen zu dem was es ist: Das naturräumlich und landschaftlich vielfältigste Bundesland Deutschlands.

Diese natürlichen Gegebenheiten beeinflussen seit je her die Besiedlung und Nutzung der Landschaften durch den Menschen. Das Vorkommen und die Qualität unserer natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft, Wald, Bodenschätze sowie die biologische Artenvielfalt bilden die essentielle Grundlage für Lebensqualität und Gesundheit. Zudem basiert eine stabile, leistungsstarke Wirtschaft und Industrie sowie eine gute ausgeprägte Infrastruktur. Das wiederum bedeutet Arbeitsplätze und Wohlstand. Diese Standortfaktoren prägen Niedersachsen und sind maßgebend für seine Zukunftsfähigkeit im globalen Wirtschaftsgeschehen.

Die Lage in einer gemäßigten Klimazone gewährleistet weitestgehend stabile Wetterbedingungen für Wachstum und Entwicklung. Niedersachsen blieb bislang von verheerenden Großkatastrophen, wie periodisch oder akut auftretenden Trockenzeiten, Überflutungen oder Hurrikans verschont. Hochwässer und Orkanshäden sind bislang nur lokal oder regional in Erscheinung getreten, haben jedoch noch keine weitreichende Gefahr für Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Niedersachsen dargestellt.

Die zentrale geografische Lage in Mitteleuropa mit Küstenanbindung hat den infrastrukturellen und technologischen Fortschritt begünstigt. So haben wir Metropolregionen, ausbaufähige Hafenstandorte, ein ausgebautes Verkehrsinfrastrukturnetz und attraktive, vielfältige Landschaften, die für Naherholung, Freizeitaktivitäten und Tourismus von herausragender Bedeutung sind.

Klima im Wandel

Die wirtschaftlichen Aktivitäten bescheren Industrieländern wie Niedersachsen einerseits Wohlstand, verursachen andererseits jedoch auch Emissionen, die als sogenannte Treibhausgase nachweislich unsere klimatischen Bedingungen weltweit beeinträchtigen. 80 Prozent dieser Treibhausgase, vornehmlich Kohlendioxid, entstehen durch Verbrennungsprozesse fossiler Energieträger wie Kohle,

34 Erdöl und Erdgas, sei es zur Strom-, Wärmeerzeugung oder im Verkehr. Der Klimawandel vollzieht
35 sich global und dynamischer als bisher angenommen wurde.

36 Auf der UN-Konferenz für Umwelt in Rio de Janeiro im Jahr 1992 war dies bereits ein zentrales
37 Thema. Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete seinerzeit die Klimarahmenkonvention.
38 Seitdem ist der Klimaschutz in der deutschen Politik verankert. Im Jahr 2000 verabschiedete die
39 Bundesregierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder das Nationale Klimaschutzprogramm, was
40 seitdem stets fortgeschrieben wird. Diese Regierung setzte auch das Erneuerbaren- Energien Gesetz
41 (EEG) in Kraft. Es ist das wirksamste Instrument für den Klimaschutz und verfolgt das klare Ziel: „Weg
42 von den fossilen Brennstoffen, hin zu den Erneuerbaren Energien“. Es gilt weltweit als Vorbild und als
43 gelungenes Instrument einer modernen Industriepolitik.

44 Die EU hat sich im Dezember 2008 auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und Klimaschutz
45 mit Zielen für 2020 geeinigt. Sie will Europa damit auf den richtigen Weg bringen - hin zu einer
46 umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft. Erreicht werden soll
47 dies durch:

48

- 49 • Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent,
- 50 • Verringerung des Energieverbrauchs um 20 Prozent durch bessere Energieeffizienz,
- 51 • Deckung von 20 Prozent unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen.

52

53 Das Klima ändert sich auch in Niedersachsen und somit verändern sich die bisherigen stabilen und
54 zuverlässigen Rahmen- und Lebensbedingungen für uns Menschen in diesem Land.

55 Die ausgewerteten Langzeitdaten zum Klima- und Wettergeschehen sowie die Ergebnisse der
56 wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen lassen folgende Prognosen und Szenarien annehmen:

57

- 58 • Ansteigen des Meeresspiegels durch die globale Erwärmung: Tief liegende Küstengebiete
59 werden zunehmend überschwemmt, es kommt zu Landverlusten, Versalzung von Böden,
60 Gewässern und Grundwässern. Betroffen sind die Inseln, Ästuar- und die Marschen mit
61 Auswirkungen bis in die Geestbereiche.
- 62 • Durch die Erwärmung des globalen Wasserhaushaltes kommt es zu veränderten
63 Niederschlagsmustern, einer geringeren örtlichen Wasserverfügbarkeit und extremeren
64 Niederschlagsereignissen, was einerseits zu Trockenheit andererseits zu Hochwässern führt,
65 so z. B. in der Lüneburger Heide und im Wendland, wo geringere Niederschlagsmengen zu
66 erwarten sind. In den Urstromtälern wie Elbe, Ems oder Weser kommt es hingegen
67 voraussichtlich zu stärkeren Hochwasserereignissen und Überflutungen der Flachländer.

68 • Die schnelleren Erwärmungsprozesse der Luftschichten führen zu einer höheren Dynamik des
69 Temperatenausgleichs zwischen Wasser und Festland, was zu starken Stürmen führt, die in
70 Niedersachsen spürbar häufiger auftreten. Der Orkan Kyrill, der im Jahr 2007 auch Teile
71 Niedersachsens beeinträchtigte, forderte europaweit insgesamt 47 Todesopfer und
72 verursachte insgesamt rund 47 Mrd. US-Dollar volkswirtschaftlichen Schaden. Ein
73 besorgniserregender Eindruck dessen, was zukünftig häufiger vorkommen kann.

74 Der Klimawandel ist in Niedersachsen spürbar und nachweisbar. Mildere Winter, weniger
75 Niederschläge im Frühjahr und Herbst sowie trockenere Sommer führen zu einer Veränderung der
76 Flora und Fauna. Dies betrifft auch die Wachstumsbedingungen unserer Nutzpflanzen. Der
77 Blühzeitpunkt verschiebt sich, der Reifeprozess wird durch Trockenheit erschwert und extreme
78 Wetterereignisse können zu zunehmenden Beeinträchtigungen, wie Ernteaussfällen führen. Hinzu
79 kommt eine Veränderung des Wasserregimes. Hiervon sind nahezu alle Bereiche des alltäglichen und
80 des wirtschaftlichen Lebens in Niedersachsen betroffen.

81

82 **2. Schwarz-gelb: Stillstand und verpasste Chancen**

83

84 Der Orkan Kyrill und die Folgeschäden offenbaren in welcher kurzen Zeit verheerende und
85 volkswirtschaftlich kostenintensive Folgen durch ein extremes Wetterereignis herbeigeführt werden.

86 Die Politik von CDU und FDP hat ab 2004 in Niedersachsen eine bundesweit vorbildliche
87 Umweltpolitik bewusst beendet. Niedersachsen zeichnete sich durch eine vorausschauende und
88 integrative Umweltpolitik und -Verwaltung aus. Bereits im Jahr 2003 wurde ein System der
89 Umweltindikation erarbeitet, das Veränderungen des Klimas erkennbar machte. Mit der politisch
90 gewollten Zerschlagung dieses Landesumweltamtes stagniert jede fortschrittliche, konzeptionelle und
91 strategische Ausrichtung des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes in Niedersachsen.

92 Die CDU/FDP-Landesregierung hat so dem Land nahezu 10 Jahre Stillstand verordnet. Es wurde die
93 Chance verpasst, vorsorglich und strategisch konzeptionell auf Veränderungen reagieren zu können.
94 Niedersachsen hat als einziges Bundesland immer noch kein Klimaschutzprogramm mit Zielsetzungen
95 und konkreten Maßnahmen. Viele Kommunen haben mit regionalen Klimaschutzkonzepten begonnen
96 und die CDU/FDP-Regierung hierbei überholt.

97 Mit dem Verlust der zentralen Umweltkompetenz, der Schwächung der Ländergesetzgebung in
98 diesem Bereich sowie aufgrund des Verhaltens der FDP-Umweltminister im Bundesrat, ist unsere
99 Umweltpolitik im Ländervergleich Schlusslicht. Dies geht zulasten der Ressourcenqualität, der
100 Gesundheit der Menschen und gefährdet die Standortsicherheit für Wirtschaft und Industrie.

101 Die politisch betriebene Privatisierung der Daseinsvorsorge etwa im Abfall- oder
102 Wasserversorgungsbereich und die Bevorzugung landwirtschaftlicher Nutzerinteressen vor

103 naturschutzfachlichen Schutzanforderungen unterstreicht eine gezielte Klientelpolitik, die das
104 Allgemeinwohl sträflich vernachlässigt und die Menschen in Niedersachsen spürbar belastet.

105 Die Europäische Union hat erhebliche Anstrengungen zu leisten, um für die Mitgliedstaaten
106 einheitliche Standards für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz durch Richtlinien zu setzen. Die
107 Mitgliedstaaten setzen diese in nationales Recht um. Der FDP-Umweltminister hat hierzu offiziell sein
108 Unverständnis bekundet und somit für erhebliche Irritationen gesorgt. Dies Verhalten läuft dem
109 europäischen Gedanken entgegen und konterkariert breit abgestimmte Zielsetzungen der EU.

110 Es fehlt der CDU/FDP an jedweder Programmatik, die die vielschichtigen Zusammenhänge des
111 Klimawandels erfasst und ein Konzept zur Bewältigung der Auswirkungen auf unsere Umwelt darlegt.
112 Ein Schlüsselthema der Klimaschutzpolitik ist die Energiewende. Die notwendige Koordinierung der
113 betroffenen Politikbereiche Umwelt, Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft, fehlt
114 vollständig bei der CDU/FDP-Regierung. Der dringend erforderliche Masterplan existiert nicht für
115 Niedersachsen.

116 Es ist höchste Zeit, dass in Niedersachsen ein Programmwechsel stattfindet, der alle erforderlichen
117 Kräfte auf lokaler, regionaler und Landesebene für einen erfolgreichen Klimaschutz herbeiführt.

118 Diese Aufgabe ist für die Menschen und ihre Lebensqualität sowie den Wirtschaftsstandort
119 Niedersachsen mit großen Chancen aber auch Risiken verbunden. Die Voraussetzungen für ein
120 Gelingen sind in Niedersachsen gegeben. Sie müssen mit Augenmaß und zielorientiert ausgerichtet
121 werden.

122 Dazu sind politische Überzeugung und politischer Wille erforderlich. Hierfür steht die SPD.

123

124 **3. Konzentration auf das Wesentliche: unsere natürlichen Lebensgrundlagen**

125

126 „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen
127 Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die
128 Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die
129 Rechtsprechung.“ Dieses Staatsziel ist im Grundgesetz, Artikel 20 a formuliert und in unsere
130 Verfassung aufgenommen worden.

131 Die SPD wird mit konkreter Programmatik hierfür einstehen. Unser Prinzip ist die Politik der
132 Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Niedersachsen ist ein energieintensiver
133 Wirtschafts- und Industriestandort. Dies stellt eine verlässliche Basis für Gute Arbeit dar; unser
134 Wohlstand und der Erhalt einer gesunden Umwelt profitieren davon.

135 Aktuell erleben wir, wie Finanzkapital zum Engpass für wirtschaftliche Entwicklung werden kann.

136 Auch das Umweltkapital (Klima, Luft, Wasser, Böden, Artenvielfalt) wird knapper und somit auch die

137 ökonomisch wertvollen Leistungen (z.B.:CO₂-Speicherung in Mooren, Sauerstoffneubildungsrate in
138 Wäldern), die von der Natur kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

139 Für Niedersachsen ist daher ein Umsteuern in eine ökologische Industriepolitik eine verlässliche
140 Vorsorge. Die Stellschrauben liegen im Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energie-, Rohstoff-
141 und Materialeffizienz sowie der Einbeziehung der Ökosystemleistungen beim Wirtschaftshandeln.
142 Dies ist ein generationengerechter Beitrag zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen.

143

144 „Eigentum verpflichtet und soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen.“ Dieses Staatsziel, gem. Artikel
145 14 Grundgesetz, ist für die SPD ein wichtiger Grundsatz. Es gilt die Interessen der Eigentümer, der
146 Wirtschaft und der Industrie mit den Anforderungen zum Schutz unserer Umwelt auszugleichen. Für
147 die Zielerreichung ist eine leistungsfähige und interdisziplinär aufgestellte Umweltverwaltung
148 notwendig. Ihre Aufgabe ist es, das Politikfeld „Umwelt“ strategisch und planerisch auszurichten,
149 Zielkonflikte im Vorfeld aufzuzeigen und mit kooperativen Ansätzen tragfähige Lösungen
150 herbeizuführen. Der SPD ist hierbei besonders wichtig, dass die ehrenamtlichen
151 Interessenvertretungen und Bürgerinitiativen aktiv mit einbezogen werden und sie ihre Positionen
152 auf Augenhöhe einbringen und vertreten können.

153 Mit diesen Ansätzen geht die SPD konform mit den Zielen der EU-Richtlinien (Emissionshandel,
154 Wasserrahmenrichtlinie, Erneuerbaren Energien, Luftreinhaltung u. a.). Die Umsetzung in nationales
155 Recht erfordert administrativen Sach- und Fachverstand, der von Bundes-, Landes- bis zur
156 kommunalen Ebene eng vernetzt sein muss. Deutschland gilt vielen anderen EU-Ländern als Vorbild
157 und setzt zukunftsorientierte Maßstäbe. Niedersachsen wird mit der SPD seine CDU/FDP-geprägte
158 Rolle als „Enfant terrible“ ablegen und verantwortungsvoll zum Schutz des Klimas, der Umwelt und
159 der Natur mitwirken. Dies sichert Lebensqualität für nachkommende Generationen und darf nicht
160 länger vernachlässigt werden.

161

162 Zur Finanzierung der notwendigen Konzepte und Maßnahmen im Klima-, Umwelt- und
163 Naturschutzbereich, sind alle EU-Förderinstrumente (z. B. GAP, ELER, EFRE, ESF, life+ u. a.) optimal zu
164 nutzen. Eine Fortschreibung rechtlicher Rahmenbedingungen und Programme ist insbesondere bei
165 Fehlentwicklungen, wie z.B. der Nitratbelastung im Grundwasser, erforderlich, um Langzeitschäden
166 unserer Ressourcen auszuschließen. Auch für diese umfassenden Aufgaben sind leistungsfähige Fach-
167 und Verwaltungsstrukturen unerlässlich.

168 **4. Für ein gutes Klima in Niedersachsen: Schutz und Anpassungsstrategien**

169

170 Die Bundesländer tragen eine große Verantwortung für den Klimaschutz. Die SPD wird zukünftig auf
171 Landesebene Regierungsverantwortung übernehmen. Unsere Klimaschutzpolitik folgt dem
172 ganzheitlichen Ansatz die weltweite Erwärmung um 2 Grad Celsius zu begrenzen. Wir definieren zwei
173 grundsätzliche Handlungsfelder:

174

175 1. Strategische Ausrichtung zum Schutz des Klimas, um weitere Klimaschäden zu verringern.

176 2. Gezielte Anpassungen an den Klimawandel, zum Erhalt der Lebensqualität und
177 Wirtschaftskraft.

178

179 **Schutz des Klimas:**

180 Die SPD wird einen umfassenden Masterplan Klimaschutz für Niedersachsen mit zwei
181 übergeordneten Zielsetzungen auflegen:

182

183 • Bis zum Jahr 2050 (Vergleichsjahr 1990), Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen
184 um mindestens 90 Prozent.

185 • Reduzierung des Primärenergiebedarfs bis 2050 um 50 Prozent.

186

187 Entscheidende Themen einer SPD-Landesregierung werden sein: Analyse der
188 Energieumstellungspotenziale mit dem Ziel 100 Prozent Erneuerbare Energien,
189 Energieeinsparpotenzialermittlung, Energieeffizienzsteigerung, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung,
190 Innovation.

191 Diese Themen finden Anwendung auf die maßgeblichen Bereiche der Energieerzeugung, Industrie
192 und Wirtschaft, Verkehr, Haushalte und Gewerbe. Eine enge Vernetzung des Masterplans mit den
193 Aktivitäten auf lokaler Ebene ist Voraussetzung für einen umfassenden Schutz des Klimas in
194 Niedersachsen.

195

196 **Anpassung an den Klimawandel**

197 Eine Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels muss sich in Niedersachsen an den
198 „Verwundbarkeiten“ seiner natürlichen und wirtschaftlichen Standortfaktoren ausrichten:

199

200 • Luftreinhaltung und Luftqualität, insbesondere in den Metropolregionen,

201 • Hochwasserschutz an der Küste und im Binnenland,

202 • Grund- und Trinkwassermanagement,

- 203 • Bodenfunktionen: CO₂- und Wasserspeicherkapazitäten, Rohstoffe und Bodenschätze,
- 204 • Qualität und Artenvielfalt in Ökosystemen (z. B. Wald, Moore, Grünland),
- 205 • Infrastruktur: Verkehr, Versorgungseinrichtungen,
- 206 • Forst-, Land und Fischereiwirtschaft, Garten- und Obstbau,
- 207 • Naherholung und Tourismus.

208

209 Der darauf aufzubauende Masterplan wird regionale Unterschiede erfassen, die Landesraumordnung
210 einbeziehen und den demografischen Wandel berücksichtigen. Hieraus wird die SPD anhand
211 konkreter Zielsetzungen, klarer Vorgaben und eindeutiger Zielvorgaben zielorientierte Maßnahmen
212 zum Schutz des Klimas und zum Erhalt der Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Niedersachsen
213 erarbeiten.

214

215 **5. Umweltschutz: Nachhaltigkeit, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit**

216

217 Der Umweltschutz ist ein zentrales Politikfeld unserer Zukunft und seit der UN-Konferenz in Rio de
218 Janeiro von 1992 untrennbar mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden. Im Jahr 2002 hat die
219 Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
220 beschlossen. Für die SPD ist die Nachhaltigkeit der Leitgedanke für gesellschaftliche, wirtschaftliche
221 und technologische Ausrichtung, um kommenden Generationen eine intakte Umwelt und
222 ausreichende Ressourcen einerseits und soziale und wirtschaftliche Stabilität andererseits zu
223 hinterlassen.

224 Im Umweltschutz sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW 2010) mittlerweile
225 etwa 1,8 Mio. Menschen beschäftigt, das entspricht etwa 4,5 Prozent aller Beschäftigten mit der
226 Prognose, dass in diesem Sektor überdurchschnittliche Zuwächse zu erwarten sind.

227

228 Neben den klassischen Schutzgütern unserer Umwelt wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt ist es
229 Aufgabe der Umweltpolitik, die Auswirkungen anthropogener Nutzungen, wie beispielsweise Lärm,
230 Abfall und Atommüll zu erfassen. Auch Einflüsse, die sich langfristig auf unsere Gesundheit und die
231 Umwelt auswirken, müssen erfasst und bewertet werden. Die Entwicklung des technischen
232 Umweltschutzes ist für die SPD unabdingbar, um negative Auswirkungen zu verringern oder zu
233 vermeiden. Umwelt- und Gesundheitsschädigungen können durch technologische Lösungen
234 vermieden oder saniert werden, wie im Bereich der Wasserwirtschaft oder des Verkehrs. Dies ist ein
235 Garant für die Versorgungssicherheit in unserem Land.

236 Die SPD-Niedersachsen wird deshalb:

237

- 238 • Eine integrative Umweltinstitution des Landes Niedersachsens einrichten und ihr die
239 zentralen Aufgaben der Umweltberichterstattung, Erhebung von Messwerten, Daten und
240 Fakten sowie Informationssysteme zuweisen. Ebenso werden hier Konzepte und Strategien
241 für den Umweltschutz, Herausforderung des Klimaschutzes und der Energiewende sowie des
242 Naturschutzes erarbeitet.
- 243 • Einen „Umweltpakt“ mit der Industrie und Wirtschaft herbeiführen. Das Ziel des
244 Umweltpaktes ist die Stärkung des vorsorgenden Umweltschutzes und die Vermeidung
245 künftiger Umweltbelastungen. Der Umweltpakt soll auf freiwilliger Basis zur Stärkung der
246 Eigenverantwortung dienen und zur Verbesserung der Umweltqualität und
247 Kostenreduzierung in den Betrieben führen.
- 248 • Zur Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms der EU, das sich gegenwärtig im
249 Konsultationsprozess befindet und 2013 in Kraft tritt, ein strategisches Maßnahmenkonzept
250 erarbeiten.
- 251 • Einen Förderfonds „Umweltbildung – Verantwortung für die Zukunft“ auflegen, an dem sich
252 die Industrie, Wirtschaft und die Gewerkschaften beteiligen sollen. Ziel ist es über einen
253 verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen unter Einbeziehung
254 von Industrie und Wirtschaft zu informieren.

255

256 Mit diesen Vorhaben wird das Land Niedersachsen seiner Vorreiterrolle im Umweltschutz wieder
257 gerecht werden und zukunftssicher aufgestellt sein, um Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit
258 gewährleisten zu können.

259

260 **6. Naturschutz: biologische Vielfalt für gesunde Lebensqualität und Wirtschaftskraft**

261

262 „Die Natur und Landschaft sind als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in
263 Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu
264 schützen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts
265 einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
266 die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer
267 gesichert sind.“

268 Die SPD-geführte Landesregierung wird auf diesen Gesetzesgrundsatz ihre Naturschutzpolitik
269 ausrichten. Ihr ist bewusst, dass intakte Ökosysteme die Grundlage zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten
270 darstellen. Sie üben Schutzfunktionen aus und stellen kostenfreie Leistungen zur Verfügung. So

271 mindern Auendlandschaften Hochwassergefahren und nehmen Stickstofffrachten auf. Gehölze und
272 Wälder filtern Schadstoffe aus der Luft, binden CO₂ und erzeugen Sauerstoff. Zudem tragen sie zum
273 Lärmschutz bei. Der Wert der Selbstreinigungskraft der Gewässer ist genauso wenig zu unterschätzen
274 wie die Grundwasserneubildungsraten durch intakte Moore, Feuchtgrünländer oder durch Wälder.
275 Dies spart Kosten für die technische Aufbereitung unseres Trinkwassers. Zudem stellen schöne und
276 vielfältige Naturlandschaften mit ihren Erholungs- und Freizeitfunktionen einen Standortfaktor für
277 Naherholung und Tourismus dar.

278

279 Die SPD-Niedersachsen wird daher:

280

- 281 • Mit dem Plan „Naturkapital Niedersachsen“ den vielfältigen Wert der Natur und ihrer
282 Dienstleistungen zusammenstellen. Ziel ist es, der Industrie und Wirtschaft ihre Beziehungen
283 zu Ökosystemen darzulegen. Hieraus werden Strategien zur Reduzierung von Biodiversitäts-
284 und Ökosystemrisiken abgeleitet.
- 285 • Die „Niedersachsen Strategie der Biologischen Vielfalt“ in Analogie zur Nationalen Strategie
286 der Bundesregierung von 2007 auflegen. Die Strategie formuliert eine konkrete Vision für die
287 Zukunft und legt für alle biodiversitätsrelevanten Themen Qualitäts- und Handlungsziele fest.
- 288 • In den EU-Förderprogrammen gemeinsame Nutzungsformen mit der Land-, Forst- Fischerei-
289 und Wasserwirtschaft erarbeiten, um zum Schutz der biologischen Vielfalt beizutragen.
290 Kooperationen für die Ziele des Naturschutzes sind unerlässlich.
- 291 • Die Nationalparke und Biosphärenreservate stärken. Sie genießen den höchsten Schutz und
292 stellen die Grundlage für Wertschöpfung in den Regionen durch Entwicklung des
293 internationalen und nationalen Tourismus dar.
- 294 • Die ehrenamtliche Arbeit in den zahlreichen Umwelt- und Naturschutzverbänden
295 grundsätzlich unterstützen und zielgerichtet fördern.
- 296 • Das Naturschutzrecht als eigenständiges Fachrecht EU- und zukunftsgerecht ausbauen und als
297 rechtliche Grundlage auf Augenhöhe mit anderen Fachrechten erhalten.

298

299 Die SPD wird Naturschutzpolitik unter Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie des
300 bürgerschaftlichen Engagements gestalten. Die Einbindung aller Fachbereiche sichert zudem eine
301 ausgewogene von allen getragene Umsetzung in Niedersachsen.

302 **7. Zukunftsdialog: Der sozialdemokratische Weg**

303

304 Ein zeitgemäßer und den Herausforderungen angemessener Regierungsstil zeichnet sich aus durch
305 ein Staatsverständnis auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern, durch ein kooperatives
306 Verhältnis zu Umwelt- und Naturschutzverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern und anderen
307 Organisationen der Zivilgesellschaft, durch transparente und bürgernahe Verwaltung sowie eine
308 solide und nachhaltige Finanzpolitik.

309 In Zukunft gilt es, die Politik des Landes Niedersachsens langfristig anzulegen. Über den nächsten
310 Wahltag hinaus müssen die Weichen gestellt werden, um Niedersachsen als Arbeits- und
311 Lebensstandort zukunftsfähig zu gestalten.

312 Dazu brauchen wir einen Zukunftsdialog der Umwelt- und Sozialorganisationen, der Wirtschaft, der
313 Wissenschaft, der Gewerkschaften sowie andere zivilgesellschaftliche Institutionen zusammenführt.

314 Die Wirtschaft ist ein zentrales Handlungsfeld zur Zukunftssicherung des Landes, die nur auf der
315 Grundlage nachhaltiger Ökosystemdienstleistungen und im Rahmen gesunder Natur und Umwelt
316 zukunftssicher ausgerichtet werden kann.

317 Der Ausgleich der Interessen zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem braucht seinerseits eine
318 exzellente Forschungs- und Bildungslandschaft, vitale Städte und Gemeinden, eine lebendige Kunst
319 und Kultur, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt auch Sozialpartner
320 (Gewerkschaften und Gewerkschaften), Unternehmer und Bürger, die sich für Natur und Umwelt,
321 eine innovative Wirtschaft und ein solidarisches Gemeinwesen engagieren.

322 Stärker werden, menschlich bleiben – das ist unser Weg für ein zukunftsfähiges Niedersachsen.

323

324 Hannover, 21.05.2012